



Stenografischer Bericht

82. Sitzung

Mittwoch, 23. Oktober 2019

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Eröffnung..... 3

Tagesordnungspunkt 1

a) **Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Herrn Dr. Haseloff zum Thema: „Freiheit. Sicherheit. Verantwortung. Solidarität mit der Jüdischen Gemeinschaft in Sachsen-Anhalt.“**

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident) 3
Robert Farle (AfD) 10
Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident) 10

b) **Aussprache zur Regierungserklärung**

c) Erste Beratung

Entschließung in Reaktion auf den antisemitischen und rassistischen Terrorakt vom 9. Oktober 2019 in Halle

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/5121**

d) Beratung

Halle mahnt. Rechten Terrorismus stoppen. Antisemitismus, Rassismus und der Verbreitung von Hassideologien mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegenzutreten

Antrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/5122**

Oliver Kirchner (AfD)..... 11
Dr. Katja Pähle (SPD)..... 16

Robert Farle (AfD)	19	Abstimmung zu c	33
Dr. Katja Pähle (SPD)	19	Abstimmung zu d	33
Thomas Lippmann (DIE LINKE)	19		
Ulrich Siegmund (AfD)	24		
Cornelia Lüddemann (GRÜNE)	24		
Siegfried Borgwardt (CDU)	26		
Oliver Kirchner (AfD)	31		
Siegfried Borgwardt (CDU)	31		
André Poggenburg (fraktionslos)	32	Schlussbemerkungen	33

Beginn: 15:05 Uhr.

Eröffnung

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 82. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der siebenten Wahlperiode und stelle die Beschlussfähigkeit fest.

Anlass dieser außerordentlichen Sitzung mit der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff ist das Geschehen am 9. Oktober 2019. Wir alle stehen noch unter dem Eindruck der schrecklichen Bilder des Angriffs auf die Synagoge und den Döner-Imbiss in Halle.

An diesem Tage sind wir Zeugen eines brutalen Anschlags geworden, der uns alle betroffen gemacht hat und auch immer noch betroffen macht und sehr berührt. Eine religiöse Feierlichkeit sollte friedlich begangen werden und endete mit Toten und Verletzten.

Ich würde Sie jetzt bitten, sich zu einer Schweigeminute von Ihren Plätzen zu erheben.

(Das Mobiltelefon von Guido Heuer, CDU, klingelt)

- Bevor ich fortfahre, würde ich Sie bitten, daran zu denken, dass Sie nach der Sitzung Ihre Handys wieder einschalten dürfen.

Entschuldigungen von Mitgliedern der Landesregierung liegen mir wie folgt vor: Herr Minister Robra ist heute ganztägig aufgrund der Teilnahme an der Konferenz der Chefinnen und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder sowie an der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs auf Schloss Elmau in Bayern entschuldigt.

Bevor ich zur Tagesordnung komme, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, recht herzlich die Vertreter des jüdischen Lebens in Sachsen-Anhalt aus Magdeburg und Halle hier bei uns zu begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Weiterhin begrüße ich den Ansprechpartner für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus recht herzlich. Seien Sie auch recht herzlich bei uns willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Zur Tagesordnung. Sehr geehrte Damen und Herren! Die Tagesordnung für die 39. Sitzungsperiode mit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Herrn Dr. Reiner Haseloff liegt Ihnen allen vor.

Im Ältestenrat haben wir vereinbart, Anträge der Fraktionen zum Thema der Regierungserklärung auf die Tagesordnung zu nehmen, die bis zum gestrigen Tage, 18 Uhr, übermittelt wurden. Hierzu liegen uns ein Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/5121 und ein Antrag der Fraktionen CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drs. 7/5122 vor. Die entsprechend geänderte Tagesordnung wurde herausgegeben.

Wir behandeln die Anträge vereinbarungsgemäß in verbundener Debatte. Eine besondere Einbringung findet demnach nicht statt.

Jetzt schau ich in die Runde. Gibt es Ihrerseits Anträge oder Änderungswünsche? - Das sehe ich nicht. Dann können wir in Bezug auf die Tagesordnung so verfahren.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 1

a) **Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Herrn Dr. Haseloff zum Thema: „Freiheit. Sicherheit. Verantwortung. Solidarität mit der Jüdischen Gemeinschaft in Sachsen-Anhalt.“**

b) **Aussprache zur Regierungserklärung**

c) Beratung

Entschließung in Reaktion auf den antisemitischen und rassistischen Terrorakt vom 9. Oktober 2019 in Halle

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/5121

d) Beratung

Halle mahnt. Rechten Terrorismus stoppen. Antisemitismus, Rassismus und der Verbreitung von Hassideologien mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegenzutreten

Antrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 7/5122

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Abgabe der Regierungserklärung erteile ich das Wort dem Ministerpräsidenten Herrn Dr. Haseloff. Herr Ministerpräsident, Sie haben jetzt das Wort.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Mitglieder des Landtages! Meine Damen und Herren! Wir alle stehen noch unter dem Eindruck der furchtbaren Ereignisse von Halle. Nach Halle können wir nicht zur Tagesordnung übergehen.

Unsere Gedanken sind bei den Opfern. Zwei Menschen wurden kaltblütig ermordet, andere

wurden verletzt, viele sind traumatisiert. Ihnen und ihren Angehörigen gilt unser tiefes Mitgefühl.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Der Terroranschlag von Halle, ein versuchter Massenmord an unseren jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, war ein Angriff auf uns alle. Er war ein Angriff auf die Menschenwürde und unsere freiheitliche Demokratie.

Der Antisemitismus geht stets mit der Verneinung von Freiheit und Demokratie einher. Er ist ein Gradmesser für den Stellenwert der Freiheit in einer Gesellschaft.

Antisemitismus ist eine Gefahr für die grundlegenden Werte unserer Demokratie. Demokratie ist mehr als eine Staats- oder Herrschaftsform. Sie ist vor allem eine Lebensform. Und was heißt Demokratie als Lebensform? - Dem Menschen, gleich wer er sei und woher er komme, als Mensch zu begegnen. So hat es der erste Bundespräsident Theodor Heuss formuliert.

Der Täter von Halle hat diese Lebensform und ihre Werte verachtet. Bewusst wollte er seinen perfiden Anschlag am höchsten jüdischen Feiertag verüben. Über seine Motive und seine Ziele hat er uns nicht im Unklaren gelassen. Er wollte möglichst viele Menschen in der Synagoge töten, Menschen einer Gemeinde, die in Halle eine 327-jährige Tradition hat. Sein perfider Plan scheiterte zwar, aber dieser feige Anschlag vom 9. Oktober war eine gewaltige Zäsur.

Im Jahr 2019 feiern Juden in Deutschland an Jom Kippur in ihrer Synagoge und sie müssen um ihr Leben fürchten, 75 Jahre nach der Schoah. Dafür schäme ich mich.

Auch dem Letzten muss nun klar geworden sein: Deutschland hat ein Antisemitismus- und Rechts extremismusproblem.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In unserer Gesellschaft gibt es einen Nährboden für antisemitische Ressentiments. Wir haben es mit einer Verfestigung und Radikalisierung gewaltbereiter Milieus zu tun. Auch eine Enthemmung der Äußerungen in Wort und Tat ist zu beobachten. Das alles sind keine Randerscheinungen. Die Zeichen sind überdeutlich. Und ich nehme den importierten Antisemitismus nicht davon aus.

Antisemitismus zeigt sich in extremen Handlungen wie dem Verbrennen der israelischen Flagge oder den Übergriffen auf einen Kippaträger in Berlin. Er äußert sich aber auch weniger laut und weniger brutal. Antisemitische Stereotype finden sich auch im öffentlichen und im privaten Diskurs.

Davon sind keine Personen- und Berufsgruppen ausgenommen.

Die sozialen Medien werden als Echoräume zur Verbreitung von kruden Verschwörungstheorien, Diffamierungen und falschen Behauptungen über Religionen und ethische Gruppen genutzt.

Unwahrheiten, Verfälschungen von Zitaten und Gerüchte verbreiten sich in Zeiten des Internets rasant schnell. Das Internet wird zum Alternativmedium. Längst sind die Grenzen des Sagbaren verschoben.

Die deutsche Kommunikationswissenschaftlerin Monika Schwarz-Friesel wies kürzlich darauf hin - Zitat -, in welchem Ausmaß und in welcher Wucht sich im Netz der alte Vernichtungswille zeigt. Dabei gebe es keinen signifikanten Unterschied zwischen rechtem, linkem oder muslimischem Antisemitismus. Wir dürfen das nicht länger ignorieren, sondern müssen entschieden solchen gefährlichen und abstrusen Gedankengängen widersprechen, und der Rechtsstaat muss sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen wehren.

Wenn wir wegschauen, wird die Akzeptanz gegenüber solchen Einstellungen weiter ansteigen, und wie schnell können aus Worten Taten werden. Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt, wie Kant zu Recht schrieb.

Ich sage das gerade auch mit Blick auf das Netz und die sozialen Medien. Deshalb befürworte ich, § 46 Abs. 2 Satz 2 des Strafgesetzbuches um das Tatbestandsmerkmal „antisemitisch“ bei der Strafzumessung zu ergänzen. Das gilt auch für den als Israelkritik verbrämten Antisemitismus.

Sehr geehrte Damen und Herren! Seit Mai dieses Jahres wird auf Initiative des Ansprechpartners für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus hin eine Problembeschreibung „Antisemitismus in Sachsen-Anhalt“ erstellt, und zwar mit Unterstützung des Bundesverbandes „Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus“ und des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration.

Es wurden Interviews mit den Gemeinden, Gedenkstätten, Kultureinrichtungen, der Polizei und weiteren Experten geführt, und daraus soll nun ein Gesamtbild entstehen. Es soll die Sicht der Betroffenen wiedergegeben werden.

Die Arbeiten laufen noch. Ergebnisse werden bis Jahresende erwartet. Der Ansprechpartner wird daraus Handlungsvorschläge ableiten und diese in die Politik und in die Öffentlichkeit tragen.

Es geht um ein genaues und kontinuierliches Hinschauen, aber auch um Hilfsangebote für Betrof-

fene und um konkrete Vorschläge, was im Hinblick auf Prävention und Bekämpfung getan werden kann.

Diese Arbeiten stehen im Zusammenhang mit einer koordinierten Bund-Länder-Initiative zum Aufbau eines bundesweiten Erfassungs- und Unterstützungssystems nach gemeinsam vereinbarten Kriterien.

Die Stelle des Ansprechpartners wurde auf Wunsch der jüdischen Gemeinden im November des vergangenen Jahres geschaffen. Er ist mir direkt unterstellt, und zwar ganz bewusst als Instrument der Exekutive.

In einer von ihm geleiteten interministeriellen Arbeitsgruppe arbeiten seit April dieses Jahres alle Ressorts zusammen. Der Ansprechpartner ist zugleich Mitglied der Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens, die von den Regierungschefs von Bund und Ländern im Juni dieses Jahres gegründet wurde.

Ein weiterer Hinweis ist mir in diesem Zusammenhang wichtig. Während der konkreten Gefährdungslage am 9. Oktober 2019 suchte die Jüdische Gemeinde Halle gegen 13 Uhr telefonisch den Kontakt mit dem Ansprechpartner. Er und damit auch ich persönlich waren von diesem Zeitpunkt an unmittelbar über mehrere Tage konkret in alle Prozesse konstruktiv und vertrauensvoll eingebunden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Schutz der Synagogen und anderer jüdischer Einrichtungen gehört zur Staatsräson Deutschlands und aller seiner Länder. Für die ab heute stattfindende Ministerpräsidentenkonferenz hat Sachsen-Anhalt den Entwurf eines Beschlussvorschlags eingebracht. Unter anderem sollen die bisherigen Sicherheitsanalysen der Landeskriminalämter und des Bundeskriminalamtes im Lichte einer gestiegenen Gefährdungslage überprüft und nach möglichst gemeinsam vereinbarten einheitlichen Standards neu erstellt werden.

Zugleich sollen die Sicherheitsmaßnahmen an Synagogen und anderen jüdischen Einrichtungen, die polizeiliche Überwachung, die bauliche Ausstattung und Erüchtigung, die sicherheitstechnische Ausstattung und die Kommunikation ebenfalls an gemeinsam vereinbarten einheitlichen Standards ausgerichtet werden.

Ich möchte in diesem Kontext auch auf eine Initiative des Ministeriums für Inneres und Sport aufmerksam machen, insbesondere auf das, was der Kollege Stahlknecht vor einigen Tagen der Öffentlichkeit vorgestellt hat.

Eingesetzt werden soll eine interministerielle Arbeitsgruppe „Schutz jüdischer Einrichtungen“ un-

ter Einbeziehung des Ministeriums für Bildung und des Ansprechpartners für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus.

Hass und Vorurteile sind eine Bedrohung für jede offene Gesellschaft. Sie sind ein schleichendes Gift. Gewalt beginnt mit der Sprache, und zur Verhörung der Sprache tragen auch Retweets wie die des AfD-Bundestagsabgeordneten Brandner unmittelbar nach den Anschlägen in Halle bei. Er schrieb: „Warum lungern Politiker mit Kerzen in Moscheen und Synagogen rum?“

Dieser von Herrn Brandner geteilte Inhalt sorgte zu Recht für große Empörung. Zwar hat Herr Brandner sich dafür halbherzig entschuldigt, aber das schafft den Tweet nicht aus der Welt.

Wir wollten unsere Solidarität mit den jüdischen Gemeinden bekunden. Deshalb sind wir in die Synagogen gegangen. Deshalb haben wir mit den Menschen dort gesprochen. Das, was für uns eine Selbstverständlichkeit ist, sollte eigentlich auch eine Selbstverständlichkeit für alle in unserer Gesellschaft sein.

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Der Retweet von Herrn Brandner war leider kein Einzelfall. Das zeugt von einem mangelhaften Empfinden für die Grundwerte unserer Gesellschaft. Darüber sollten wir sprechen. Stattdessen fordert die AfD-Fraktion den Innenminister zum Rücktritt auf.

(Zustimmung bei der AfD)

Da ich am Donnerstag wegen meiner Teilnahme an der Ministerpräsidentenkonferenz nicht im Landtag bin, möchte ich hier kurz zu diesem Antrag Stellung nehmen.

Es ist selbstverständlich, dass dieser Polizeieinsatz auch einer genauen Analyse unterzogen werden muss. Aber es ist erkennbar, dass die Polizei in Halle besonnen und verantwortungsvoll gehandelt hat.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Dafür gilt ihr, der Polizei, mein ausdrücklicher Dank. Weder ihr noch dem Innenminister, der mein volles Vertrauen hat, sind diesbezüglich Vorwürfe zu machen. Den Bitten um Schutz der Synagoge wurde entsprochen. Die Rücktrittsforderung an den Innenminister weise ich mit aller Entschiedenheit zurück. Warum fordern Sie nicht Herrn Brandner auf, zurückzutreten? - Diese Frage sollten Sie sich stellen.

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Stattdessen instrumentalisieren Sie die Anschläge in Halle für Ihre parteipolitischen Zwecke. Das werden wir nicht zulassen.

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN und bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht aber nicht um Parteipolitik. Es geht darum, deutlich zu machen, wofür unser Land steht: für den uneingeschränkten Schutz jüdischen Lebens. Daran darf es nicht den geringsten Zweifel geben.

Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland ist zu Recht beunruhigt. Das Zugehörigkeits- und Sicherheitsgefühl vieler Jüdinnen und Juden in Deutschland ist brüchig geworden. Viele Gemeindeglieder sind verunsichert und lassen ihre Kinder zu Hause.

Lange hofften wir auf ein allmählich immer selbstverständlicher werdendes Miteinander. Diese Zeiten sind offensichtlich vorbei. Die Fakten sind alarmierend.

Ende des vergangenen Jahres war in der „Jüdischen Allgemeinen“ unter Rekurs auf eine Onlineumfrage der EU-Grundrechteagentur FRA über die grassierende Angst vieler jüdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger zu lesen:

„In Deutschland, dem einzigen EU-Land, in dem seit 1990 die Zahl der jüdischen Bürger stark anstieg,“

- ich füge ein: auch gerade in Sachsen-Anhalt -

„trauen sich heute drei Viertel der Juden nicht, ihre Religionszugehörigkeit offen zu zeigen. Fast die Hälfte der deutschen Befragten [...] gab an, bestimmte Stadtteile zu meiden, und 44 % tragen sich gelegentlich mit dem Gedanken auszuwandern, da sie sich als Juden nicht mehr sicher fühlen.“

Noch eine Zahl ließ aufhorchen. Europaweit hielten 70 % der befragten Juden die Maßnahmen ihrer Regierungen im Kampf gegen den Antisemitismus für unzureichend.

Auch aus diesem Grund war es für mich wichtig, nach dem Anschlag in Halle auch mit jungen Studenten der dortigen jüdischen Gemeinde zu sprechen. Sie haben mir bestätigt, dass sie sich in Halle wohl- und angenommen fühlen.

Trotzdem bleibt zu konstatieren: Die Zahl der gemeldeten antisemitischen Straftaten in Deutschland nahm 2018 gegenüber 2017 um 19,6 % zu. Es waren insgesamt 1 779 Delikte.

52 % der von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte befragten Juden gaben an, in den vergangenen fünf Jahren Opfer antisemi-

tischer Übergriffe geworden zu sein - mehr als die Hälfte der Befragten.

All das ist bekannt oder könnte bekannt sein. Doch passiert ist viel zu wenig.

Oft haben wir die Ängste und die Klagen unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger für übertrieben gehalten. Spätestens nach Halle muss damit in ganz Deutschland Schluss sein.

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir müssen die diesbezügliche Beunruhigung unter deutschen Juden sehr ernst nehmen. Lange waren wir zu zögerlich. Jetzt müssen wir endlich entschlossen handeln.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus in unserem Land muss umfassend angelegt sein. Er ist mit allen Mitteln des Rechtsstaats zu führen.

(Zustimmung bei der CDU, bei der LINKEN und bei der SPD - Beifall bei den GRÜNEN)

Wir alle stehen in der Pflicht. Wir müssen wachsam bleiben und unsere Stimme erheben gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Hetze und Hass dürfen unser Land nicht vergiften.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD - Beifall bei den GRÜNEN)

Der weitaus größte Teil unserer Gesellschaft verurteilt jede Form von Antisemitismus und Hass. Das muss auch an dieser Stelle deutlich festgestellt werden. Aber dieser Teil muss viel lauter werden. Aufstehen und eindeutig Stellung beziehen ist das Gebot der Stunde, und zwar zu jeder Zeit und an jedem Ort.

Die Antwort auf Halle muss aus der Mitte der Gesellschaft kommen, aber sie kann nicht lauten, den jüdischen Mitbürgern zu empfehlen, in der Öffentlichkeit keine Kippa mehr zu tragen. Wir müssen uns gegen die Hetzer zur Wehr setzen und gegen die Täter mit aller Entschlossenheit vorgehen.

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren! „Wehret den Anfängen!“ ist keine Floskel. Die Gegner unserer Demokratie sollten nicht an unserer Entschlossenheit zweifeln. Unsere Demokratie ist streitbar und wehrhaft. Dieses strikt antiextremistisch angelegte Konzept findet sich unter anderem in Artikel 79 Abs. 3 unseres Grundgesetzes.

Unsere Rechts- und Verfassungsordnung ist die Grundlage unseres Zusammenlebens. Sie schließt das Bekenntnis zu den unveräußerlichen Menschenrechten, zur Herrschaft des Rechts, zur

Gewaltenteilung, zur Volkssouveränität und zur repräsentativen Demokratie ein.

Rechtsextremistische und antisemitische Parolen haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Wir werden solche Einstellungen niemals dulden. Demokratie und Freiheit sind für unsere Gesellschaft lebensgestaltende Werte.

Unsere Verfassungsmütter und -väter haben das Grundgesetz als Antithese zu jedem politischen Extremismus konzipiert. Insbesondere sein Kernsatz, der erste Satz des Artikels 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, ist die Antwort auf den Nationalsozialismus.

Es liegt in der Konsequenz dieses verfassungsrechtlichen Denkens, dass das Grundgesetz den Feinden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gerade nicht die Freiheit einräumt, sie abzuschaffen.

Moral erschließt sich auch in dem, wogegen wir sind. Schreckliche Vereinfacher haben unser Land schon einmal in die Katastrophe geführt. Das darf sich nie mehr wiederholen. Diese Haltung erfordert eine permanente Wachsamkeit.

Ich möchte an das NPD-Verbotsverfahren erinnern. Es wurde 2012 auch auf maßgebliche Initiative Sachsen-Anhalts hin beschlossen. Auch wenn das Bundesverfassungsgericht anders entschieden hat: Der Verbotsantrag gegen die NPD war richtig und durchaus erfolgreich - nicht vor Gericht, aber politisch.

Erstens ist das Gericht inhaltlich den Argumenten der Bundesländer gefolgt. Das Bundesverfassungsgericht hat die NPD als eindeutig rechtsextrem eingestuft. Es gibt jetzt klare Kriterien.

Zweitens war der Antrag der Bundesländer von großer symbolischer Bedeutung. Das Urteil markiert eine klare Linie. Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich nicht als wertneutraler Staat. Ihr Fundament beruht ganz wesentlich auf dem Grundsatz der wehrhaften Demokratie.

Aber nicht nur der Staat ist gefordert. Die Bekämpfung des Antisemitismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Staatliche und zivilgesellschaftliche Einrichtungen und Organisationen sind gleichermaßen in der Pflicht. Mein ausdrücklicher Dank geht an die Mitwirkenden und an alle Besucherinnen und Besucher des Solidaritätskonzerts in Halle am vergangenen Samstag. Tausende Menschen sind aufgestanden und haben sich mit den Opfern des feigen Anschlags vom 9. Oktober solidarisiert.

Die Zivilgesellschaft in Halle hat ein starkes Signal nach außen gesendet: Halle steht zusammen. Die Stadt tritt entschlossen auf im Kampf gegen Anti-

semitismus und Rechtsextremismus. Das Konzert war eine großartige und beispielgebende Aktion. Solche Initiativen fördern die Integration und den Zusammenhalt nach innen. Die Stadt hat damit ihr wahres Gesicht gezeigt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Eine erfolgreiche Bekämpfung des Antisemitismus setzt eine intakte Zivilgesellschaft und ein hohes Maß an politischer Bildung voraus. Eine gefestigte Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Teil der demokratischen Kultur, und politische Bildung ist der Schlüssel zu demokratischem Handeln und Denken.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Echte Teilhabe und Engagement setzen Wissen und Kenntnisse voraus. Gesellschaftliches Engagement braucht Kompetenz, und es gilt umgekehrt: Lernen durch Engagement. Wer mitreden will, muss informiert sein und wissen, worüber er spricht.

Menschen, die mit ihrer persönlichen Lebenssituation unzufrieden sind und Angst vor der Zukunft haben, sind anfälliger für rechtsextremistische Parolen. Diese diffusen Zukunftsängste korrespondieren oft mit einem nur schwach ausgeprägten Bekenntnis zu unserem Gemeinwesen und einem geringen Bildungsniveau. Einfache Antworten auf komplexe Probleme finden in einem solchen Umfeld leichter Gehör. Hier verfängt sich das populistische Statement, das an Gefühle appelliert und ganz bewusst auf differenzierte und reflektierte Positionen verzichtet.

Die aktuelle Shell-Jugendstudie hat diese Zusammenhänge nochmals bestätigt. Es gibt unter Jugendlichen in Deutschland eine Affinität zum Populismus. Zu dieser Gruppe zählen rund 25 % der Jugendlichen. Diese Affinität ist nach dieser Studie umso höher, je geringer das formale Bildungsniveau ist. Jugendliche mit höherer Bildungsposition sind mehrheitlich weltoffen und kosmopolitisch eingestellt, so die Studie. Bei Jugendlichen mit einer niedrigen Bildungsposition verhält es sich umgekehrt. Hier tendiert mehr als jeder Zweite zu den Populismuseigenen oder, wie die Studie sie nennt, Nationalpopulisten. Sie lehnen gesellschaftliche Vielfalt und eine Pluralisierung der Lebensweisen ab.

Der Anschlag von Halle zeigt aber nach jetzigem Erkenntnisstand, dass auch andere Motive für aggressives Verhalten eine Rolle spielen können. Die Schuld für die eigene Unzufriedenheit oder das eigene Scheitern bei anderen zu suchen äußert sich oft in Ressentiments gegenüber anderen Gruppen und Menschen. Ebenso ausgeprägt sind bei diesen Jugendlichen die Politikverdrossenheit und das Gefühl, ständig benachteiligt zu

werden und sich dauerhaft als Loser zu empfinden.

Mich beunruhigt auch die aktuelle Umfrage des Pew-Forschungsinstituts. Sie attestiert den Menschen in Ostdeutschland eine tendenziell negativere Einstellung gegenüber Minderheiten als den Menschen in den alten Bundesländern. Zwar hatten 81 % der befragten Ostdeutschen eine positive Meinung über Juden, aber 12 % äußerten sich negativ. Das sind 12 % zu viel.

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was kann man dagegen tun? - Ich habe auch kein Patentrezept, aber ich bin nach wie vor zutiefst vom Wert der Bildung überzeugt. Die Demokratie braucht politische Bildung und professionelle Kompetenz bei Erziehern und Pädagogen. Der Grad der politischen Bildung und der Akzeptanzwert für die repräsentative Demokratie korrelieren: Je höher die Bildung, umso größer ist die Akzeptanz. Aufklärung und Bildung schützen vor einfachen Welterklärungen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Die Wirklichkeit ist eben nicht schwarz oder weiß, sie ist grau in vielen Schattierungen. Aufklärung beginnt in der Familie - ich sage noch einmal ganz bewusst: in der Familie - und setzt sich fort in der Schule, an den Universitäten, im beruflichen und privaten Umfeld. Dabei geht es auch um die Persönlichkeitsentwicklung. Zu Erziehung und Bildung gehören auch Werteerfahrung und -vermittlung, vor allem ganz enge soziale Kontakte, und zwar nicht nur in den sozialen Medien, sondern vielmehr direkt von Mensch zu Mensch.

Deshalb brauchen wir starke Kultureinrichtungen in unserem Land. Sie bieten Orientierung und Sinnstiftung. Über Kunst und Kultur finden Menschen zueinander. Kulturelle Bildung eröffnet neue Welten, jenseits der Verlockungen im Internet. Die Kultur ist die Substanz einer Gesellschaft. Sie gestaltet unser demokratisches Gemeinwesen mit.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir alle müssen wachsam und sensibel sein gegenüber offenen und latenten rechtsextremen und antisemitischen Äußerungen und vor allem auch Haltungen in Familien, Schulklassen, Sportvereinen, Arbeitsteams und der Nachbarschaft. Wir müssen genau hinsehen, uns einmischen, nicht schweigen, sondern entschlossen handeln und energisch widersprechen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will in diesem Zusammenhang exemplarisch an das Modellprojekt „Engagiert vor Ort - Gemein-

sam gegen Diskriminierung und Menschenverachtung“ erinnern, dessen Träger das Netzwerk für Demokratie und Courage Sachsen-Anhalt ist. Humanitäre Errungenschaften unserer Zivilisation sind alles andere als unerschütterlich. Sie können leicht zunichtegemacht werden. Unterschätzen wir diese Gefahr nicht! Zwar gehören zur Tradition des westlichen Denkens Ideale wie Freiheit und Toleranz, aber Toleranz kennt Grenzen. Sie sind von jedem und überall aufzuzeigen.

Seit der Antike war die Distanzierung vom Judentum immer wieder ein Kern des westlichen Denkens und Weltbildes. Auch vor diesem historischen Hintergrund ist die Erinnerung an die singulären Verbrechen des Nationalsozialismus unerlässlich. Der Mord an den europäischen Juden war präzedenzlos. Die Shoah ist Geschichte, der Antisemitismus nicht. Aus unserer Gesellschaft ist er nicht verschwunden. Er war es auch nicht in den beiden deutschen Staaten nach 1945. Der Firnis der Zivilisation ist dünn.

Eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad, wie sie Björn Höcke propagiert, wird es mit uns nicht geben. Wir mahnen die Erinnerung heute und in Zukunft an. Unser gegenwärtiges Denken beeinflusst auch unsere Einstellung gegenüber der Vergangenheit. Das Ausbleiben der Erinnerung wäre eine echte Katastrophe. Zukunft braucht Erinnerung. Es ist wichtig, Fragen zu stellen, über die Geschichte nachzudenken, den Bezug zur Gegenwart herzustellen und aus diesen Zusammenhängen die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind präzedenzlos. Sie waren kein „Vogelschiss“, wie Alexander Gauland behauptete,

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

sondern sie waren das schlimmste Verbrechen in der Menschheitsgeschichte, und diese Geschichte verjährt nicht. Man kann sie auch nicht bewältigen. Was geschehen ist, ist geschehen. Dennoch sind wir alles andere als machtlos. Niemand muss orientierungslos in die Zukunft gehen. Zukunft gewinnt man auch durch den Rekurs auf die Vergangenheit. Zukunft zu gestalten heißt: zu wissen, worauf unsere Gegenwart aufbaut.

Warum sollte man nicht aus der Geschichte lernen, und warum sollte uns die Beschäftigung mit der Geschichte nicht wachsamer für bestimmte Entwicklungen machen? - Das ist für mich die Antwort auf die Frage nach dem Sinn von Geschichte, und deshalb sind Erinnerung, Gedenken und die Beschäftigung mit unserer Vergangenheit so eminent wichtig.

Deshalb können gar nicht genug Schulklassen aus Sachsen-Anhalt in unsere polnische Partner-

region Masowien reisen, um dort zu erfahren, was im Vernichtungslager Treblinka geschehen ist. Hier wurden allein zwischen Juli 1942 und August 1943 fast eine Million Jüdinnen und Juden getötet. Ihr Leben wurde brutal ausgelöscht, darunter das besonders vieler Kinder und Jugendlicher. Ich bin dankbar, dass sich unsere Partnerregion und der dortige Präsident Marschall Struzik sehr stark dafür eingesetzt haben, dass dort eine sehr aussagefähige Gedenkstätte errichtet wurde, die auch schon von vielen Jugendlichen aus Sachsen-Anhalt besucht wurde. Aber das kann noch deutlich verstärkt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Seit Langem gibt es intensive Kontakte zwischen jungen Menschen aus Sachsen-Anhalt und Israel. Schulpartnerschaften und Jugendbegegnungen sind Zeichen lebendiger und guter Beziehungen. Unsere Hochschulen und Universitäten kooperieren erfolgreich und eng miteinander. Die Landeszentrale für politische Bildung pflegt seit der Wiedergründung des Landes Sachsen-Anhalt vor knapp 30 Jahren intensive Kontakte zu vielen staatlichen und nicht staatlichen Institutionen in Israel. Sie organisiert Gedenkstättenfahrten für Schulklassen und führt Geschichtsprojekte, unter anderem mit Überlebenden der Schoah, durch.

Die Vermittlung fundierter Geschichtserkenntnisse, der Austausch auf allen Ebenen und das gegenseitige Kennenlernen, die Neugier auf den anderen und das andere sind von entscheidender Bedeutung. Deutsche Jugendliche sollten möglichst früh für die Besonderheiten im deutsch-israelischen Verhältnis sensibilisiert werden. Insofern kommt dem zweiseitigen Jugendaustausch eine ganz zentrale Bedeutung zu.

Solidarität mit Israel soll und darf sich nicht allein aus der Geschichte ableiten. An diesen Staat bindet uns Deutsche mehr als nur die Erinnerung an die Vergangenheit. Unser Blick muss auch nach vorn gerichtet sein.

Niemand soll sagen, man könne doch nichts ändern. Das ist grundfalsch. Wir bestimmen, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Ich möchte nicht, dass Deutschland zu einem Land wird, in dem Juden nicht mehr leben wollen. Dagegen müssen wir uns mit aller Entschlossenheit wehren. Das ist unser Land.

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zu unserem Land gehört auch, dass sich alle Menschen, die in Deutschland leben, dieser geschichtlichen Verantwortung bewusst sind. Das heißt aber auch, Verantwortung für das zu übernehmen, was unsere Geschichte lehrt, und für das, was aus diesem Land wird. Wir haben eine

Verantwortung für seine Vergangenheit wie für seine Zukunft.

Das schließt das unbedingte Bekenntnis zu unserem Grundgesetz ein, und zwar für alle, die hier leben, unabhängig davon, ob sie in Deutschland geboren wurden oder nicht, ob sie einen deutschen Pass haben oder nicht. In unserer Gesellschaft muss ein Klima der Toleranz und des gegenseitigen Respekts herrschen. Dafür haben wir alle Sorge zu tragen.

Demokratie und Antisemitismus schließen sich aus. Jeder Rassismus ist potenziell und tatsächlich antisemitisch, und jeder Antisemitismus - das zeigt die Geschichte - ist nationalistisch fundiert. Der Antisemitismus in Deutschland war stets mit dem deutschen Nationalismus verflochten. In ihm war immer die Tendenz zur Ausschließung anderer angelegt.

Unser gemeinsamer Feind ist der Menschenhass, denn er kann uns alle treffen. Ich bin froh und dankbar dafür, dass es jüdisches Leben in Deutschland gibt. Wir haben lebendige Gemeinden in Deutschland und in Sachsen-Anhalt. Sie wachsen und gedeihen. Neue Synagogen werden im Zentrum unserer Städte gebaut. In Dessau, der Geburtsstadt von Moses Mendelssohn, dem der Aufklärer Gotthold Ephraim Lessing mit seinem Drama „Nathan der Weise“ ein literarisches Denkmal setzte, entsteht dort, wo einst die alte Synagoge stand, die 1938 vernichtet wurde, ein neues Gotteshaus. Wer Synagogen baut, möchte bleiben. Das ist ein klares Bekenntnis und darüber sind wir froh.

Am 8. November dieses Jahres findet der Festakt für die Synagoge in Dessau statt. Die Magdeburger Gemeinde hat im letzten Jahr das Chanukka-Fest in der Öffentlichkeit gefeiert. Ich war zusammen mit der Landtagspräsidentin dort und konnte wie andere nichtjüdische Bürgerinnen und Bürger Anteil an diesem frohen Fest nehmen. Das ist nach der Schoah alles andere als selbstverständlich. Vergessen wir das nie.

Am 5. November dieses Jahres wird die Grundstücksübergabe an die jüdische Gemeinde für die neue Synagoge in Magdeburg erfolgen. Das ist unsere Botschaft, die wir nach dem feigen Anschlag vom 9. Oktober von Sachsen-Anhalt aus in alle Welt aussenden wollen. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident. Bleiben Sie bitte noch ganz kurz vorn. Es gibt eine Wortmeldung des Abg. Herrn Farle. - Sie haben das Wort, Herr Farle.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede vieles gesagt, das wir vollständig unterstützen können, nämlich dass der Kampf gegen Antisemitismus in allen Bevölkerungsgruppen, in allen Kreisen und Schichten, auch in allen politischen Parteien, überall dringend notwendig ist. - Das haben Sie gesagt.

Dann haben Sie Ihre Rede aber verkürzt und haben gesagt, dass das nur den Rechtsextremismus betreffe, den man angehen müsse. Das ist ein gravierender Denkfehler.

(Zuruf von der AfD: Genau so ist es!)

Die heutigen Probleme bestehen nämlich darin, dass die Demokraten das Parlament verteidigen müssen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen müssen und die Meinungsfreiheit verteidigen müssen gegen jede Form von Gewaltanwendung, egal gegen wen sie in unserem Land gerichtet ist, egal gegen welche Partei sie gerichtet ist und egal ob sie von rechts oder von links kommt. Ja, es gibt Rechtsextremisten, die gewaltbereit sind. Ja, es gibt auch Linksextremisten, die gewaltbereit sind. Und ja, es gibt auch islamistische gewaltbereite Täter, die die jüdische Gemeinde bedrohen.

Wenn man das nur in Richtung auf „von rechts“ verengt, indem man sagt „Wir sind gegen Antisemitismus“ - dagegen sind wir alle -, dann sparen Sie den größten Teil der antisemitischen Menschen aus. - Das ist das, was ich grundsätzlich zu Ihrer Rede anmerken möchte.

Wir hätten Ihre Resolution unterstützen können, wenn Sie nicht an drei Stellen Ihres Redebeitrages diese Verengung vorgenommen hätten. Deswegen werden wir heute dieser Resolution so nicht zustimmen können. Wir wollen aber, dass diese Resolution im Ausschuss weiter behandelt und in einen vernünftigen Sachzusammenhang gebracht wird, damit sich dann das ganze Haus auf eine vernünftige Resolution gegen Antisemitismus verständigt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Farle. Das war eine Kurzintervention und keine Frage. - Aber Sie, Herr Ministerpräsident, haben natürlich die Möglichkeit, darauf zu antworten. Bitte.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Herr Farle, erstens, lesen Sie den Text meiner Rede noch einmal ganz genau nach. Ich habe anlassbezogen ganz klar den Schwerpunkt auf

Antisemitismus und Rechtsradikalismus gelegt, habe aber auch auf die anderen Extremismusformen hingewiesen und jegliche Gewalt, egal aus welcher politischen, ideologischen oder sonstigen Richtung sie kommt, klar verurteilt.

(Zustimmung bei der CDU)

Dass wir aufgrund der aktuellen Ereignisse in Sachsen-Anhalt, die uns noch zutiefst berühren und in den Knochen sitzen - das können Sie gerade auch einem Ministerpräsidenten, einem Innenminister sowie allen Mitgliedern der Landesregierung abnehmen, die wir als Exekutive auch die Verantwortung in diesem Land haben -, diesen Schwerpunkt genau auf die Zielfunktion dieses Täters richten, auf das, was er wirklich wollte, ist in meiner Regierungserklärung ganz klar erkennbar geworden und es war auch notwendig, das hervorzuheben.

Der Täter war ein Rechtsextremist. Er hat Menschen, eine Bürgerin und einen Bürger, getötet. Ich habe mit deren Angehörigen gesprochen. Ich habe mit den Verletzten im Universitätsklinikum gesprochen. Ich habe auch mit Personen gesprochen, die durch die Ereignisse sowohl in dem Döner-Imbiss als auch in der jüdischen Gemeinde traumatisiert gewesen sind.

Wenn Sie das alles - die Prozesse laufen ja noch - erlebt haben und in den letzten Tagen auch in Verantwortung standen, dann ist klar, dass diese Position, die ich heute mit dieser absoluten Schwerpunktsetzung vertreten habe, die einzige Antwort des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt sein kann.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will in Ihre Richtung nur eines sagen: Wenn einen, obwohl man noch nicht einmal weiß, wie viele Opfer es endgültig gibt und wie die Gesamtzusammenhänge sind, Tweets aus Ihrem politischen Bereich erreichen, bei denen man sich fragt, in welcher Welt wir eigentlich leben, dann, muss ich sagen, haben Sie eine große politische Verantwortung, für politische Klarheit zu sorgen, vor allem dann, wenn Sie sich eine demokratische Partei nennen wollen.

Wir stehen mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen dafür, dass wir gemeinsam mit der Landesregierung eine klare Aussage aus dem Landtag von Sachsen-Anhalt in die Weltöffentlichkeit senden wollen. Ich bin froh über die hier anwesenden Gäste, die ich jetzt allerdings nicht offiziell begrüßen darf; das darf nach der Geschäftsordnung nur die Landtagspräsidentin. Diese Gäste sind neben vielen anderen Menschen diejenigen, an die sich diese Botschaft richtet. Ich weiß, dass heute weltweit darauf geachtet wird, wie der Landtag von Sachsen-Anhalt reagiert.

Ich glaube, dass wir alle gut beraten sind, dieses Thema nicht zu instrumentalisieren, sondern dafür zu nutzen, klar und deutlich zu sagen, was wir mit der friedlichen Revolution, mit der Erreichung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in unserem Land Sachsen-Anhalt nicht nur haben erreichen wollen, sondern auch erreicht haben und für die Zukunft sichergestellt sehen wollen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dazu gehört eben auch ein vitales jüdisches Leben. Dazu gehören Synagogen, und dazu gehört auch die Aussage, dass sich jede religiöse Minderheit, jede personenbezogene Minderheit, egal welcher Lebensform sie sich öffnet, sicher fühlen muss. Dazu gehört deshalb auch, dass der Staat dafür zu sorgen hat, dass alle Menschen in diesem Land sicher leben können und dieses Land als lebenswert und als echte Heimat verstehen.

Das ist das, was ich zum Ausdruck bringen wollte. Lesen Sie noch einmal Satz für Satz meiner Regierungserklärung nach; dann werden Sie das wiederfinden.

(Beifall bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Haseloff. - Wir steigen nun in die Aussprache zur Regierungserklärung ein. Im Ältestenrat wurde die Redezeitstruktur „G“, also 180 Minuten, vereinbart. Die Reihenfolge und die Redezeiten der einzelnen Fraktionen sind wie folgt: AfD 33 Minuten, SPD 17 Minuten, DIE LINKE 25 Minuten, GRÜNE acht Minuten, CDU 49 Minuten und der fraktionslose Abgeordnete hat zwei Minuten Redezeit.

Wir beginnen nunmehr mit der Aussprache und dem ersten Redner. Das ist der Abg. Herr Kirchner von der AfD-Fraktion. Sie haben das Wort, bitte.

Oliver Kirchner (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Hohes Haus! Das, was am 9. Oktober in Halle passierte, ist von Grund auf verachtenswert. Den Hinterbliebenen der Opfer, den Familien und den Freunden gilt unser uneingeschränktes Mitgefühl.

(Beifall bei der AfD)

Es kann und darf nicht sein, dass wir in Deutschland im Jahr 2019 auch nur einen Gedanken daran verschwenden müssen, dass wir Opfer eines Anschlages oder Terroraktes sein könnten. Die Bürger unseres Landes - damit meine ich alle, egal welchen Geschlechts, welcher Abstammung,

welcher Rasse, welcher Sprache, welcher Heimat und Herkunft, welchen Glaubens, welcher religiösen und politischen Anschauung - haben das Recht, sich sicher im Land zu fühlen. Und ja, sie müssen sich nur sicher fühlen können, sondern sie müssen auch wirklich sicher sein.

Es ist unsere gemeinsame Pflicht als Landtag von Sachsen-Anhalt und die spezielle Pflicht des Innenministers und seines Ministeriums sowie der Geheimdienste, im Land dafür zu sorgen, dass so etwas wie in Halle erst gar nicht passieren kann.

(Beifall bei der AfD)

Und doch ist es passiert. Zwei Menschen wurden getötet, zwei Menschen liegen noch immer schwer verletzt im Krankenhaus, und viele, viele andere erfahren ihren Alltag nach dem 9. Oktober nicht mehr so wie noch am Tag zuvor. Ja, die Frage ist an dieser Stelle ausdrücklich erlaubt: Wo war denn Ihr starker Staat in Halle vor zwei Wochen, Herr Innenminister, den Sie uns im August letzten Jahres bei Ihrer Regierungserklärung so vollmundig versprochen? Wie hieß es noch im letzten Jahr? „Wir werden die Sicherheit im Land gewährleisten“; das waren Ihre Worte, Herr Innenminister. Womöglich hatten Sie damals zu erwähnen vergessen, dass Sie das Versöhnungsfest im Jahr 2019 vielleicht doch nicht ganz so ernst genommen haben, wie es hätte ernst genommen werden müssen.

Ich komme später noch einmal darauf zurück, möchte aber zuerst ein paar Dinge ordnen. Beginnen wir mit dem Täter von Halle, Stephan B. Wer oder was war der Attentäter von Halle? - Diese Frage ist wichtig, um die schreckliche Tat einordnen zu können. Leider - das macht mich nach wie vor fassungslos - ist zu sehen, dass man sich diese Frage nicht überall zu stellen scheint bzw. sie gar nicht stellen und beantworten möchte. So wurde diese Frage zum Beispiel durch den Innenminister nicht beantwortet, als meine Fraktion im Innenausschuss nach dem Täter und seiner Motivation fragte.

Mittlerweile ist einiges über Stephan B. bekannt. Ich möchte dies kurz ordnen. Der Attentäter von Halle ist 27 Jahre alt, wohnhaft in Sachsen-Anhalt, und er war bereit, am höchsten jüdischen Feiertag, dem Versöhnungsfest, ein Blutbad in einer Synagoge anrichten zu wollen. Nachdem ihm das nicht gelang, tötete er wahllos zwei Passanten in den Straßen von Halle, versuchte es in neun weiteren Fällen, flüchtete dabei vor der Polizei und konnte schlussendlich gestellt werden. Hier gilt mein Dank insbesondere den Polizeikräften und den Beamten, die diesen Täter schlussendlich festsetzten. Mein besonderer Dank gilt auch dem beherzten Taxifahrer, der mit seinem

Verhalten dazu beigetragen hat, den Täter dingfest zu machen.

(Beifall bei der AfD)

Während seiner bestialischen Tat war er ausgerüstet mit einer Fantasieuniform, einem Helm und selbstgebastelten Waffen. Die Tat übertrug er live im Internet auf einer Gaming-Plattform. Stephan B. war sozial vollkommen isoliert, er war ein isolierter Einzelgänger, war in Bezug auf die schreckliche Tat von Halle ein Einzelgänger.

Er bezeichnete sich selbst als NEET; was im Englischen eine Bezeichnung für Jugendliche oder junge Erwachsene ist, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und sich nicht in beruflicher Ausbildung befinden und dies auch nicht unmittelbar anstreben. Er hatte keine Freundin. Auch der Kontakt zu seinen Eltern war kaum gegeben. Ein soziales Umfeld war faktisch nicht vorhanden. In seinem Heimatort war Stephan B. kaum bekannt.

Seine Lebenswelt war das Internet, dort vornehmlich die dunkelste Nische. Dort radikalisierte sich der Täter von Halle und kopierte mit seiner schrecklichen Tat ein amerikanisches Phänomen. Ein Vorbild hatte Stephan B. dabei in dem Attentäter von Christchurch, welcher am 15. März dieses Jahres insgesamt 51 Menschen tötete und 50 weitere Menschen teils schwer verletzte. Ebenso wie der Christchurch-Schütze inszenierte Stephan B. sein schreckliches Attentat als eine Art Computerspiel und ebenso wurde mit der Tat ein sogenanntes Manifest veröffentlicht.

Im Fall von Halle soll dies kurz nach der Tat durch zwei Männer aus Mönchengladbach verbreitet worden sein. Wie „Zeit Online“ am 16. Oktober 2019 berichtete, war der Hauptverdächtige weder der Polizei noch dem Verfassungsschutz als Extremist bekannt. Der junge Mann selbst bezeichnete sich als politisch eher links und gab vor, Stephan B. nicht persönlich zu kennen. Auch dadurch zeigte sich, dass es sich bei dem Amoklauf in Halle um ein Internetphänomen handelt, ein Internetphänomen jedoch mit einem tragischen Ende in der realen Welt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dies soll an dieser Stelle ausreichen, um ein grobes Bild des Attentäters von Halle zu zeichnen. Die Beschäftigung mit Stephan B. und seiner Tat von Halle zeigt, dass man hierbei nicht mit den üblichen hergebrachten Kategorien arbeiten kann und darf.

(Beifall bei der AfD)

Stephan B. gab bei seiner Vernehmung in Karlsruhe selbst an, dass er nicht Neonazi sein müsse,

um Antisemit zu sein. Fakt ist: Stephan B. handelte aus einer antisemitischen Motivation heraus, stellte sich selbst über Recht und Gesetz und machte sich selbst zum Richter und Henker zugleich - etwas, was mit unserem Verständnis von Rechtsstaatlichkeit überhaupt nichts zu tun hat, eine schreckliche, verachtenswerte Tat und ein Täter, den hoffentlich die ganze Härte unseres Gesetzes trifft.

Nachdem wir jetzt auf den Attentäter selbst schauten, stellt sich die Frage: Was hat das nun mit der AfD zu tun? - Ich könnte es kurz machen und sagen: gar nichts. Der Täter von Halle war ein sozial Ausgegrenzter, der sich in der dunklen Nische des Internets vornehmlich amerikanischer Internetseiten und -foren radikalisierte. Mir persönlich ist nicht bekannt, dass die AfD in solcherlei Netznischen auch nur irgendwie agiert.

(Zuruf von der SPD)

Stephan B. setzte sich über Recht und Gesetz hinweg. Das genaue Gegenteil ist aber Programm meiner Partei und meiner Fraktion. Insbesondere die AfD ist Träger und Hüter der Rechtsstaatlichkeit im Land. Das ist so. Der Attentäter von Halle ist bekennender Antisemit, Judenhasser. Derartiges werden Sie in der AfD nicht finden. Bei uns ist für solcherlei Unfug kein Platz;

(Beifall bei der AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Gucken Sie mal zu Herrn Höcke!)

denn wir selbst haben Juden in unserer Partei, Herr Striegel.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das schützt Sie doch aber nicht gegen Antisemitismus!)

- Ich brauche auch gar nicht zu Herrn Höcke zu schauen, denn es reicht, wenn ich zu Ihnen schaue; dann weiß ich genau, was antidemokratisches Verhalten ist. Stephan B. leugnet den Holocaust. Auch das werden Sie bei uns nicht finden,

(Zuruf von der SPD: Oh doch!)

wie Sie so vieles, was auf den Attentäter von Halle zutrifft, bei der AfD nicht finden werden. Dennoch geben Sie der AfD eine Mitschuld am Attentat von Halle. Das ist grotesk. Das ist verwerflich und widerwärtig. Leider fallen mir dazu keine anderen Worte ein.

(Zuruf von der AfD: Das ist richtig!)

Sie geben einer demokratischen Partei, die im Bund, in den Ländern, in vielen Kommunen und im Europäischen Parlament durch viele Tausend Wähler legitimiert ist und täglich für die Belange aller Bürger streitet, die Mitschuld an

einem Attentat, das sich aus einer abzulehnenden Fantasie heraus gezielt gegen Einzelne richtete.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Der Täter ist aus Ihrem Vogelschiss gekrochen! Aus Ihrem Vogelschiss!)

Hören Sie auf damit! Hass- und Hetzreden stehen Ihnen nicht gut zu Gesicht - Ihnen schon, Herr Striegel.

Hören Sie auf damit, Ihren in diesem Fall erbärmlichen Machterhaltungswahlkampf auf dem Rücken von 30 000 AfD-Mitgliedern und zig Millionen Wählern auszutragen.

(Beifall bei der AfD)

In Deutschland ist etwa jeder 500. Mensch ein Jude. Aktuell leben ca. 83 Millionen Menschen in unserem Land. Somit ist davon auszugehen, dass etwa 160 000 Juden in der BRD ein Zuhause haben. Eine klare Minderheit, aber eine bedeutende. Ich bin froh, dass es nach 1945 wieder Juden gab und gibt, die in unserem Land ihre Heimat haben und die, wie bereits in preußischer Zeit, unsere Gesellschaft bereichern.

(Beifall bei der AfD)

Heute ist davon auszugehen, dass viele unserer jüdischen Mitbürger staatstragender sind als manch ein Landsmann, der mit seinem Konsumismus oder falsch verstandenen Individualismus den Tag verlebt.

Auf der Frankfurter Buchmesse am vergangenen Wochenende stellten Frau Dr. Vera Kosova und Herr Artur Abramovych auf dem Messestand ihren neuerschienenen Sammelband „Was Juden zur AfD treibt“ vor. Beide sind Juden, die als Kontingentflüchtlinge in den 90er-Jahren nach Deutschland kamen und angekommen sind. Kosova und Abramovych forderten auf der Buchmesse insbesondere, dass sich die Politik - also wir hier und unsere Kollegen in den Ländern und im Bund - endlich einmal offen und ehrlich mit dem Problem der Juden im Land auseinandersetzt. Es ist schlimm genug, dass dies in Deutschland im Jahr 2019 überhaupt noch gefordert werden muss und nicht schon längst passiert.

Sieht man das Attentat von Halle als eine Art Zäsur, dann wäre es spätestens jetzt an der Zeit, sich dem Thema endlich aufgeschlossen und ehrlich zu widmen - allein mir fehlt der Glaube daran. Denn die Grundvoraussetzung für eine offene und ehrliche Debatte zu dem Thema „die BRD und ihre Juden“ ist: Sie müssten sich selbst und den Bürgern unseres Landes gegenüber erst einmal ehrlich sein und zugeben, woher die große Gefahr für die Sicherheit, die Unversehrtheit und die Freiheit der Juden in unserem Land kommt. Ich sage es klar und deutlich: Die große Gefahr,

das große Problem des Antisemitismus kommt zu einem großen Teil auch aus dem muslimischen Kulturkreis.

(Beifall bei der AfD)

Das ist Punkt 1. Punkt 2 ist: Wenn wir dahingehend einen Konsens haben, sollten wir schauen, wie wir damit umgehen und welche Maßnahmen zu folgen haben. Leider sind wir vom Punkt 2 noch sehr, sehr weit entfernt. Denn außer uns, der AfD, gibt es fast niemanden in der Politik, der das Grundproblem erkannt hat oder erkennen will und auch tatsächlich benennt.

Eine Studie der Universität Bielefeld aus dem Jahr 2017 macht das Problem deutlich. Die Studie stellt klar heraus, dass der ganz große Teil der Angriffe auf Juden in Deutschland durch Muslime begangen wird und sich der Rest auf rechts und links aufteilt. Das hat vor einiger Zeit auch der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in der Staatskanzlei klargestellt. Das ist die Realität im Jahr 2019 in der BRD. Eben dieser Realität müssen wir uns alle bewusst werden, erst dann können wir wirklich in die weiterführende Debatte einsteigen.

Möchten Sie ein Beispiel erfahren, das meine These untermauert, wie weit einige noch von der Realität entfernt sind? - Ich gebe es Ihnen: Nach dem Attentat von Halle besuchte Bundeskanzlerin Merkel eine Solidaritätskundgebung vor der neuen Synagoge in der Oranienburger Straße in Berlin, eine Kundgebung vor eben jener Synagoge, welche am Freitag zuvor von einem 23-jährigen Ausländer mit einem Messer angegriffen worden war. Glücklicherweise konnte dieser Täter überwältigt werden, bevor er irgendwelchen Menschen Schaden zufügen konnte.

Dass der Attentäter von Berlin bereits kurz nach der Tat wieder auf freien Fuß kam und sein Angriff auf ein jüdisches Gotteshaus zunächst nicht durch Solidaritätskundgebungen flankiert wurde, ist beispielhaft. Dass unser Innenminister danach keinen Anlass sah, die Synagogen in Sachsen-Anhalt zu schützen, ist mehr als nur fehlerhaft.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Mein Kollege Gauland bezeichnete so etwas im Deutschen Bundestag als die selektive Betroffenheit der Altparteien, die den Eindruck erweckt, dass die Mahnwachen nicht jüdischen Opfern gelten, sondern eher den passenden Tätern, wenn sie politisch in den Kram passen, um sie gegen den politischen Gegner in Stellung zu bringen.

Den Juden im Land hilft all das nicht, genauso wenig wie es unserem ganzen Land hilft. Vielleicht ist an dieser Stelle, damit wir zumindest hier in Sachsen-Anhalt bei einer grundsätzlichen Pro-

blemlösung vorankommen, eine Enquete-Kommission ratsam. Herr Striegel schlug zuletzt schon eine zum Thema Kirchenstaatsverträge für die kommende Legislaturperiode vor. Parallel sollten wir uns dann auch mit den Juden im Land, mit deren Ängsten, Sorgen und Problemen befassen.

Wir als AfD, die wir bereits vor mehr als einem Jahr in Kontakt mit dem Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt traten, behalten das im Hinterkopf.

Es braucht, wie ich eben sagte, die gemeinsame Debatte der Fraktionen hier im Landtag mit den Juden und ihren Organisationen im Land. Einzelne, unabgesprochene, reaktive Vorstöße sind an dieser Stelle völlig unangebracht - und doch gibt es sie: Die Fraktion der SPD veröffentlichte ihren Fünfpunkteplan - ein Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus -, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Aktionsplan gegen Antisemitismus und Hasskriminalität - immerhin zwölf Seiten -, die Sonderinnenministerkonferenz eine Abschlusserklärung mit zehn Forderungen und das hiesige Innenministerium ein Zehnpunktemaßnahmenpaket. - Alles gut und schön. So weit, so gut.

Aber, meine Damen und Herren, warum kocht hier jeder sein eigenes Süppchen? Warum geht das - wenn man das schreckliche Attentat von Halle als Zäsur betrachtet - nicht auch im Konsensverfahren?

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Weil es in der Demokratie Aushandlungsprozesse gibt!)

Vielleicht - ich muss mich leider wiederholen - weil Sie dann erst das Hauptproblem beim Namen nennen müssten, und das wollen oder können einige hier leider nicht.

Sie werden sehen, dass Ihre eilig zusammengeschriebenen Maßnahmen wieder nicht viel mehr sind als geduldiges Papier - geduldiges Papier zum Leidwesen der Menschen, die einem leider zu erwartenden nächsten Anschlag irgendwie zum Opfer fallen könnten.

Meine Damen und Herren! Solide, nüchterne und zielführende Innenpolitik sieht für mich bei Weitem anders aus. Insbesondere das Papier der GRÜNEN-Fraktion kann vor dem Hintergrund der aktuellen Einlassungen ihrer Parteikollegin und Bundestagsvizepräsidentin Roth nur als Schaufensteraktionismus betrachtet werden. Einerseits fordert die hiesige Landtagsfraktion der GRÜNEN die rigorose Bekämpfung des Antisemitismus im Land, macht uns als AfD als geistige Brandstifter für Halle mitverantwortlich,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Völlig zu Recht!)

andererseits herzt ihre Parteigenossin die größten Judenhasser und macht Antisemitismus in Deutschland wieder salonfähig.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Wäre so etwas moralisch - was es nicht ist -, wäre es Doppelmoral. Aber eigentlich ist es nur zynisch und ein Hohn gegenüber allen Opfern des Antisemitismus.

(Robert Farle, AfD: Richtig! - Tobias Rausch, AfD: Schämen sollten Sie sich!)

Denn wie kann man es anders interpretieren, wenn sich Frau Roth auf der Münchner Sicherheitskonferenz mit dem iranischen Botschafter Ali Reza Sheikh Attar abklatscht, der persönlich für Hunderte Todesurteile gegen Kurden verantwortlich war.

Noch schlimmer die LINKE-Politikerin Inge Höger, die gemeinsam mit militanten Islamisten auf einem Schiff in Richtung Gaza fuhr und einen Schal mit einer Landkarte trug, auf der der Staat Israel fehlte.

Im Jahr 2014 rief Höger, die mittlerweile Sprecherin des Landesvorstands NRW der LINKEN ist, zu einer Anti-Israel-Demo in Essen auf. Auf dieser Demo wurde dann in Parolen der Holocaust gelehugnet und „Tod den Juden“ geschrien sowie mehrfach der Hitlergruß gezeigt. Deswegen sollten die GRÜNEN und die LINKEN noch einmal überdenken, was sie hier äußern.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Werter Herr Innenminister, eingangs kam ich bereits auf Sie zu sprechen. Das, was Sie als politisch Verantwortlicher am 9. Oktober 2019 lieferten, war und ist für uns nicht zu akzeptieren. Bereits bei der Vorbereitung des Versöhnungsfestes haben Sie versagt, zumindest an der Stelle, als die Jüdische Gemeinde Halle Sie um verstärkten Schutz bat und Sie diesen ablehnten. Sie müssen sich die Frage gefallen lassen, ob die zwei Todesopfer heute noch leben könnten, hätten Sie entsprechende Sicherheitsmaßnahmen rund um die hallesche Synagoge angeordnet, insbesondere nach dem im Vorfeld passierten Anschlag in Berlin.

Wie diversen Berichterstattungen zu entnehmen ist, sicherten die Innenminister anderer Länder jüdische Einrichtungen an diesem Tag verstärkt. Warum geschah das nicht auch in Sachsen-Anhalt?

Ja, Herr Innenminister, Sie haben rund um den 9. Oktober versagt und sollten Ihre persönlichen und ministeriellen Konsequenzen ziehen. Da Sie das augenscheinlich nicht von selbst tun, werden

wir uns mit diesem Thema morgen nochmals zu beschäftigen haben.

Die heutige Regierungserklärung und die Aussprache dazu sind flankiert von zwei Anträgen. „Entschließung in Reaktion auf den antisemitischen und rassistischen Terrorakt vom 9. Oktober 2019 in Halle“, so lautet der Titel des Antrags der Fraktion DIE LINKE. Der Antrag der Kenia-Koalition trägt den Titel „Halle mahnt. Rechten Terrorismus stoppen. Antisemitismus, Rassismus und der Verbreitung von Hassideologien mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegenzutreten“.

Solche Anträge waren zu erwarten; das meine ich absolut nicht negativ. Den elf Forderungen des Kenia-Antrags kann man nicht grundsätzlich widersprechen, da diese zu einem sehr großen Teil ausformulierte Selbstverständlichkeiten sind. Nun gut, hinsichtlich einer noch weiter zu verstärkenden politischen Bildung habe ich Vorbehalte. Wir müssen sehen, was daraus wird: tatsächlich weitergehende Aufklärung oder doch wieder nur ideologische Verklärung?

Schlichtweg irreführend ist der Titel des Antrags; denn es gab, wie ich eben zu dem Attentäter von Halle, Stephan B., ausführte, in Halle keinen rechten Terrorismus. Antijüdisch - ja, antisemitisch - ja, rechtsextrem oder gar rechts motiviert - nein.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie erkennen den rechten Terror nicht einmal, wenn Sie vor ihm stehen! Das ist echt bezeichnend!)

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE geht, wie zu erwarten, einige Schritte weiter als der Kenia-Antrag. Dass auch Sie, werte Kollegen von der LINKEN, eine Enquete-Kommission in Betracht ziehen, verbindet schon einmal unsere Fraktionen im Kampf gegen den Antisemitismus im Land. Das freut mich. Sicherlich werden wir nicht in allen Punkten hinsichtlich der Aufgaben und Fragestellungen für diese Kommission übereinkommen, das zeigt schon Ihr vorliegender Antrag, welcher sich zu sehr auf Nebenschauplätze konzentriert. Aber darüber kann man bestimmt sprechen. Das zu behandelnde Problem ist nämlich zu wichtig, als dass man hierbei ideologische Scheuklappen aufsetzen sollten.

Dass wir, werte LINKE, Ihre Forderung nach Mittelauflösung für Miteinander usw. ablehnen, sollte Sie nicht überraschen; denn wir stellen kein Steuergeld für Ideologen und Antidemokraten zur Verfügung.

(Beifall bei der AfD)

Wir als AfD-Fraktion stellen heute keinen Antrag. Wer mir aufmerksam zuhörte, hat verstanden, warum das so ist. Gern noch einmal: Wir fordern, dass die Fraktionen in diesem Hause gemeinsam mit der Landesregierung und den Betroffenen an

tragfähigen Lösungen arbeiten, und das vorbereitet, offen und öffentlich.

Zu Ihren Anträgen bleibt zu sagen: Wir hätten sie gern überwiesen; denn ich denke, dass so umfassende Anträge hier nicht kurzfristig zur Abstimmung kommen sollten, sondern dass wir uns damit wirklich eingehend beschäftigen sollten. Auch das ist für mich ein Stück verlässliche Politik.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich kurz auf einige Dinge eingehen, die Herr Ministerpräsident soeben erklärte. Wer Ihnen, Herr Ministerpräsident, aufmerksam zugehört hat, dem ist aufgefallen, dass Sie das Problem des importierten Antisemitismus wohl bedacht haben - zwar nur in einem Nebensatz, aber immerhin. Ihr Hauptaugenmerk lag dann aber wiederum auf dem Antisemitismus des Rechtsextremismus.

Damit gehen auch Sie an der Wirklichkeit in diesem Land vorbei. Denn, wie ich eben bereits erklärte, fast das ganze Problem liegt bei dem muslimischen Antisemitismus, der weitaus kleinere Teil verteilt sich auf rechts und links. Das ist selbstverständlich schlimm genug. All das hat in Deutschland im Jahr 2019 nichts verloren. Gerade deswegen kommen aber wir nicht umhin, die Wahrheit klar anzusprechen.

Aber das, was mich bei Ihrer Rede, Herr Ministerpräsident, am meisten erschreckt hat, ist, dass Sie uns, der AfD, vorwerfen, wir würden die Anschläge von Halle für unsere parteipolitischen Zwecke instrumentalisieren. Genau das tun Sie hiermit in dem langsam beginnenden Wahlkampf in Sachsen-Anhalt. Das ist eigentlich auch unredlich und einem Ministerpräsidenten meiner Meinung nach nicht würdig.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Es ist mir auch völlig schleierhaft, wie Sie darauf kommen. Ich hoffe, Sie selbst glauben das nicht wirklich. Es macht mich mehr als nachdenklich, dass Sie als Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt sich hier vor den Karren spannen lassen und in die Hörner blasen, die jeglicher sachlichen Grundlage entbehren.

Ja, wir fordern den Rücktritt des Innenministers. Er ist politisch verantwortlich für all das, was in Halle am 9. Oktober 2019 und davor und danach schiefgelaufen ist. Unsere Argumentation basiert dabei allein auf Fakten, nichts ist erfunden, nichts ist ausgelassen worden. Dass Sie sich trotzdem vor Ihren Innenminister stellen, da er Ihr volles Vertrauen genießt, war absehbar. Das heißt aber nicht, dass das vernünftig und nachvollziehbar ist. Nein, für uns ist es das nach dem 9. Oktober in Halle nicht.

Herr Ministerpräsident, wir instrumentalisieren nicht, wir betreiben grundsätzlich keine Politik

auf dem Rücken von Opfern schrecklicher Taten, auch wenn Sie und viele Ihrer Kollegen uns das immer wieder mit Hass- und Hetztiraden unterstellen. Wenn Sie uns das nun aber wieder vorwerfen, dann ist das so, als würde der Dieb rufen: Haltet den Dieb! Mit Ihrer Kritik an meinen Parteifreunden Brandner, Höcke und Gauland betreiben Sie selbst parteipolitische Instrumentalisierung,

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

und das wenige Tage vor einer entscheidenden Landtagswahl in unserem Nachbarland Thüringen.

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

Dass Sie als Ministerpräsident unseres Landes und als wahrnehmbar konservativer Politiker sich dafür nicht zu schade sind, finde ich sehr bedauerlich.

Selbstredend gibt es keinen Zweifel daran, dass jüdisches Leben uneingeschränkter Schutz in unserem Land zu genießen hat. Damit haben Sie völlig recht. Das trifft aber nicht nur auf jüdisches Leben zu. Wie ich eingangs bereits sagte, hat dies für alle Menschen im Land zu gelten, egal ob Mehrheitsgesellschaft oder Minderheit - nicht nur weil das für ein zivilisiertes Land selbstverständlich sein muss, sondern insbesondere auch, weil uns unsere Verfassung dazu verpflichtet. Wir als AfD, als Partei des Grundgesetzes, betonen das auch immer wieder.

(Beifall bei der AfD)

Lassen Sie es mich noch einmal deutlich machen: Wir als AfD-Fraktion stehen fest an der Seite der jüdischen Gemeinden im Land. Ich fordere Sie heute, wie ich es bereits im letzten Jahr tat, erneut dazu auf, als Landesregierung und Landtag das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen. Nehmen Sie die Hand, die Ihnen die jüdischen Gemeinden reichen, und organisieren Sie endlich das geforderte Treffen der Gemeinden mit den Fraktionen des Landtags und mit der Landesregierung. Nur zusammen, wenn alle politisch und gesellschaftlich verantwortlichen Akteure gemeinsam an einen Tisch kommen, haben wir eine reale Chance, die bestehenden Probleme nachhaltig zu lösen. Wir stehen dafür bereit. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Kirchner. - Die nächste Rednerin ist die Abg. Frau Dr. Pähle von der SPD-Fraktion. Sie haben jetzt das Wort, bitte.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nein, meine Herren von der AfD, so kommen Sie nicht davon.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Es wird Ihnen nicht gelingen, sich freizuzeichnen von Ihrer Mitverantwortung. Damit meine ich nicht nur Ihre allgemeine Verantwortung für das Klima von Spaltung und Hass, das Sie in die Gesellschaft tragen. Ich meine auch die besondere Verantwortung dafür, dass Sie seit Jahren mitzeichnen an einem Weltbild, wie es auch dem Attentäter von Halle als Motiv für seinen Anschlag diente.

Als dieser Attentäter seine eigenen Morde filmte und diese in perfider Weise im Netz verbreitete, lieferte er dazu folgende vorgebliche Rechtfertigung - ich zitiere aus der „Zeit“ -:

„[...] er sei überzeugt, dass der Holocaust niemals stattgefunden habe. Er bezeichnet den Feminismus als Grund für niedrige Geburtenraten im Westen, die zu Massenimmigration führten. Und [er] erklärt, dass ‚der Jude‘ der Grund für all diese Probleme sei.“

Das Ganze ist ein Manifest des Hasses - Hass auf Jüdinnen und Juden, Hass auf Musliminnen und Muslime, Hass auf Frauen, die selbstbestimmt leben, Hass auf Linke und Andersdenkende. Diese Feindbilder kennzeichnen die rechtsextremistische und antisemitische Motivation des Täters, die der Generalbundesanwalt festgestellt hat.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Wir kennen all diese Feindbilder. Wir kennen sie nur allzu gut. Wir kennen sie aus den Reden, die die AfD hier vom ersten Tag an gehalten hat: gegen den Islam, gegen angebliche Masseneinwanderung und Überfremdung, gegen den Genderwahn, gegen die, die links von ihnen stehen, also alle, und die deshalb für sie Linksextremisten sind. Wir erkennen alles wieder: das Zerrbild von unserer Gesellschaft, dieselben Bedrohungslügen, dieselben Feindbilder, die mobilisiert werden. Die Parallelen sind unverkennbar.

Aber gilt das auch für den Antisemitismus, sozusagen den Schlussstein im ideologischen Gewölbe des Mörders von Halle? - Ich sage: ja. Ich möchte dafür zitieren, was der Abg. Tillschneider bei einer AfD-Veranstaltung in Heroldsberg in Bayern im Januar 2018 gesagt hat: Der Islam wird von vielen, sowohl vom Zentralrat der Juden als auch von den etablierten Parteien, vom Establishment, von den Linkliberalen, benutzt, um in Deutschland multikulturelle Verhältnisse

herbeizuführen. Es geht ihnen nicht um den Islam. Es geht ihnen darum, die deutsche Kultur zu schwächen. Es geht ihnen um das, was sie Pluralität nennen, was nichts anderes ist als die Zersplitterung und letzten Endes die Abschaffung unseres Volkes.

Der Zentralrat der Juden im Zentrum einer Verschwörung zur Abschaffung des deutschen Volkes - das ist nicht nur irgendwie antisemitisch, das ist das antisemitische Narrativ schlechthin.

(Starker Beifall bei der SPD, bei der LINKEN, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Aber nicht nur aus der Landtagsfraktion der AfD kommen solche Verschwörungstheorien. In Halle, das zum Ort dieses furchtbaren Anschlages wurde, wirken dieselben Strukturen. Das wird schnell klar, wenn man sich ansieht, welche Botschaften der heutige AfD-Stadtrat Donatus Schmidt in einem YouTube-Video verbreitet. Da wird zu Nine-Eleven die altbekannte Verschwörungsbehauptung wiederholt, die jüdischen Beschäftigten im World-Trade-Center seien vor dem Anschlag gewarnt worden; es hätte einen Jew-Call gegeben. Und es fallen Sätze wie: Wir müssen jetzt wirklich im Untergrund arbeiten. Die Truppen, die die Fäden ziehen, sind international, nicht an irgendeine Nation gebunden. Hinterher sollen die alle gerichtet werden.

Das ist derselbe Schmidt, der noch sechs Tage vor dem Anschlag in Halle, am 3. Oktober 2019, an einer rechtsextremistischen Demonstration in Berlin teilnahm, bei der Parolen gerufen wurden wie: Nie wieder Israel! Und: Wenn wir wollen, schlagen wir euch tot! - Diesen Mann hat Herr Abg. Raue auch noch als Referent der Stadtratsfraktion eingestellt.

Also drücken Sie sich gefälligst nicht vor Ihrer Verantwortung und sparen Sie sich Ihre Heuchelei - hier und vor der Synagoge in Halle!

(Starker Beifall bei der SPD, bei der LINKEN, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren! Heute kommt die Gefahr für jüdisches Leben und jüdische Einrichtungen von Terroristen, und der Staat muss alles tun, um sie zu schützen. Vor fast 81 Jahren, als in der Reichspogromnacht 1938 in ganz Deutschland die Synagogen brannten, war der Staat selbst zum Mordbrenner geworden. Wenn wir das nicht wieder erleben wollen, dann wird es nicht ausreichen, über stärkeren Schutz für jüdische Einrichtungen zu sprechen, sondern wir müssen uns auch als Gesellschaft denen politisch entgegenstellen, die heute innerhalb und außerhalb der Parlamente eine neue Machtergreifungsstrategie verfolgen.

Es ist insgesamt 1 050 Jahre her, dass Juden in Halle zum ersten Mal erwähnt wurden. Jüdisches Leben in Halle hat alle Vertreibungen überstanden und selbst die Schoah überdauert. Schon im Jahr 1945 begann jüdisches Gemeindeleben wieder, in Halle zu wirken. Von 1952 bis 1962 war Halle sogar Sitz des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR. Seit 1991 führte Zuwanderung aus Osteuropa dazu, dass jüdisches Gemeindeleben auch in Halle weiter an Aufschwung gewann. Deshalb schmerzt es mich besonders, wenn ich nach dem Anschlag von Halle lesen muss, dass Jüdinnen und Juden darüber nachdenken, ob sie noch in Deutschland leben können oder ob sie besser auswandern.

Ich hoffe deshalb, dass von dieser Landtagsitzung ein starkes und eindeutiges Signal ausgeht: Jüdischer Glaube und jüdisches Leben sind ein untrennbarer Teil der deutschen Kultur.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir wollen alles dafür tun, dass Jüdinnen und Juden in Frieden und gesichert in unserer Mitte leben können.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Ich danke dem Ministerpräsidenten dafür, dass er im Namen der Landesregierung ein unmissverständliches Bekenntnis dazu abgelegt hat. Und ich bin froh und erleichtert über die Zeichen, die die Stadtgesellschaft von Halle mit Trauerfeier und Mahnwachen, mit Demonstrationen und dem großen Gedenkkonzert am letzten Samstag gesetzt hat.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Unsere Stadt, unser Halle, wird dem rechten Ungeist widerstehen, und wir werden in dieser Stadt alle vor Terror und Gewalt schützen - unabhängig von Herkunft, Abstammung, Glauben, Aufenthaltsstatus und politischer Überzeugung.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Ich möchte auch auf die Punkte eingehen, die aus der Sicht meiner Fraktion jetzt besonders wichtig sind, um eine angemessene Antwort auf den Anschlag von Halle zu geben.

Erstens. Wir haben gesagt, es darf keine blinden Flecken bei der Abwehr terroristischer Bedrohungen geben. Wir können es vor den Opfern nicht verantworten, nach einem solchen Anschlag entschuldigend zu sagen: Es war ein Einzeltäter. Deshalb müssen sich Gefahrenabwehr, Aufklärung und Strafverfolgung auf die Netzwerke der Radikalisierung erstrecken, in denen Hasspropa-

ganda verbreitet, Verschwörungstheorien weitergereicht und Gewalttaten verherrlicht werden.

Die Innenminister von Bund und Ländern haben am vergangenen Freitag eine ganze Reihe von Maßnahmen zur besseren Bekämpfung von Rechtsextremismus und Antisemitismus vereinbart. Diese Beschlüsse gehen aus meiner Sicht in die richtige Richtung.

Zweitens. Wir brauchen ein nachhaltiges Schutzkonzept für Synagogen und Moscheen in Sachsen-Anhalt. Ich begrüße die Verabredung von Innenminister Stahlknecht mit den jüdischen Gemeinden vom letzten Donnerstag. Das ist ein wichtiger erster Schritt.

Ebenso wichtig war die Entscheidung, in die Sofortmaßnahmen nach dem Anschlag auch den Schutz von Moscheen einzubeziehen. Wir haben erneut gesehen, dass in einem rechtsextremistischen Weltbild Antisemitismus und Islamfeindlichkeit Hand in Hand gehen. Jetzt ist es wichtig, auf dauerhaften baulichen und technischen Schutz der Gotteshäuser zu setzen. Aber ich sage: nicht nur. Ich denke, wir alle wollen nie wieder erleben, dass es über Sachsen-Anhalt heißt, unsere Polizei habe an einem hohen jüdischen Feiertag wie Jom Kippur eine Synagoge nicht geschützt.

Drittens. Wir müssen die Anstrengungen im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit verstärken und auf veränderte Herausforderungen ausrichten. Das gilt sowohl inhaltlich im Sinne einer stärkeren Auseinandersetzung mit wachsendem Antisemitismus wie auch methodisch und strukturell, weil die Arbeit gegen Radikalisierung im Netz für die Prävention immer wichtiger wird. Das ist uns gerade in erschreckender Weise vor Augen geführt worden.

Deshalb begrüße ich es sehr, dass Ministerin Frau Grimm-Benne bereits die Weichen entsprechend gestellt hat. Noch in diesem Jahr wird es einen Fachtag gegen Radikalisierung im Netz geben und die Landesregierung wird im Beirat des Landesprogramms mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen über gemeinsame Strategien dazu beraten. Diese inhaltliche und methodische Fortentwicklung des bestehenden Landesprogramms ist aus meiner Sicht der richtige Weg, und nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linksfraktion, der Aufbau einer Doppelstruktur in einem zweiten Landesprogramm. Das brauchen wir nicht, aber noch weniger braucht das die Zivilgesellschaft, die sich schließlich nicht zerteilen kann.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Zu den Aufgaben im Rahmen des Landesprogramms gehört weiterhin die Zusammenarbeit mit den islamischen Gemeinden in der Radikalisierungsprävention, weil die Auseinandersetzung mit Antisemitismus unter Migranten und die Bekämpfung islamistischer Tendenzen genauso bedeutsam ist.

Ich möchte an dieser Stelle hervorheben, dass die Bundesregierung das Programm „Demokratie leben“ nicht nur ausfinanziert, sondern auch entfristet hat.

(Zustimmung)

Ich begrüße ausdrücklich den Vorstoß von Bundesministerin Franziska Giffey für ein Demokratiefördergesetz. Bei ihrem gestrigen Besuch in Halle hat sie unter dem Eindruck ihrer Gespräche in der Synagoge und am Kiez-Döner unterstrichen, wie wichtig eine dauerhafte und verlässliche Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Akteure ist.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Jüdisches Leben ist ein Teil der lebendigen Kultur Sachsen-Anhalts, den wir stärken wollen. Beispielhaft dafür stehen Investitionen in der Arbeit der Moses-Mendelssohn-Akademie in Halberstadt und die Beteiligung des Landes am Neubau der Synagoge in Magdeburg. Mit der Unterstützung für diesen Synagogenbau stärken wir zugleich denen den Rücken, die sich in der Zivilgesellschaft für ein aktives jüdisches Leben, für christlich-jüdische Zusammenarbeit, für Toleranz und Verständnis einsetzen. Darunter sind auch ehemalige und aktive Mitglieder dieses Hauses, wie Dieter Steinecke, Gerhard Miesterfeldt und Tobias Krull. Ganz herzlichen Dank für Ihr Engagement.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Fünftens. Die Landesregierung muss die Aufgabe des Opferschutzes verstärkt ressortübergreifend wahrnehmen. Deshalb plädieren wir für die schnellstmögliche Einrichtung eines Landesopferbeauftragten. Wir sprechen uns dafür aus, dass sich Sachsen-Anhalt in der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in vergleichbarer Weise wie andere Länder aufstellt. Deshalb plädieren wir für die personelle und politische Aufwertung des bisherigen Ansprechpartners in der Staatskanzlei zu einem Landesbeauftragten gegen Antisemitismus.

Meine Damen und Herren! In den kommenden Wochen und Monaten werden wir über die jetzt notwendigen Maßnahmen weiter beraten müssen. Wir müssen uns auch darum kümmern, dass Haushaltsmittel dafür zur Verfügung gestellt wer-

den. Aber bei allem Diskussionsbedarf sollten wir uns als Landtag heute eindeutig positionieren.

Wir als Koalitionsfraktionen haben Ihnen einen Antrag vorgelegt, um gegen rechten Terrorismus und Antisemitismus unmissverständlich Stellung zu beziehen und erste Schlussfolgerungen folgen zu lassen. Wir bekräftigen mit diesem Antrag auch noch einmal die Forderung, die der Landtag im Gedenken an Walter Lübcke im August 2019 bereits beschlossen hat. Ich würde mich freuen, wenn dieser Antrag heute Zustimmung findet.

Meine Damen und Herren! Morgen wird in Gardelegen an der Gedenkstätte Feldscheune Isenschubbe das neue Dokumentationszentrum übergeben. Die Gedenkstätte erinnert an ein Verbrechen, das in besonderer Weise Schande über Menschen in unserem Land gebracht hat. Ich meine Menschen, die weggesehen haben, ja, sogar Menschen, die zu Mittätern, zu Mördern wurden. Sorgen wir dafür, dass künftige Generationen keine neuen Gedenkstätten errichten müssen für Verbrechen, die heute begangen werden könnten oder vorbereitet werden. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Frau Dr. Pähle, ich habe eine Wortmeldung. - Herr Abg. Farle, Sie haben jetzt das Wort. Bitte.

Robert Farle (AfD):

Das ist eine Kurzintervention, Frau Präsidentin. - Ich möchte feststellen, dass eine Unwahrheit auch dann, wenn man sie ständig wiederholt, trotzdem nicht zur Wahrheit wird. Gerade habe ich vernommen, dass die AfD das Umfeld für die Leugnung des Holocaust bildet.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Nicht nur das Umfeld, Sie sind eindeutig sogar beteiligt!)

Das ist eine bodenlose Verkehrung der Wahrheit. Das ist eine Täuschung der Öffentlichkeit. Und vor allen Dingen täuschen Sie darüber hinweg, dass die Bundesregierung, in der ja die SPD und die CDU sitzen, mehrheitlich bei internationalen Abstimmungen gegen Israel stimmt. Ich habe die genaue Bilanz hier.

Als im Bundestag diese Fragen aufgeworfen wurden, proisraelisch in der internationalen Völkergemeinschaft zu stimmen, waren die AfD und die FDP die Einzigen, die diesem Antrag komplett zugestimmt haben. Es waren Ihre Parteien, die nicht proisraelisch abgestimmt haben. Darüber täuschen Sie ganz einfach hinweg.

Dass wir den Holocaust leugnen, ist so absurd. Das ist eine solche Unverschämtheit. Ich persönlich war fünf oder sechs Mal in Buchenwald und habe mir das alles angesehen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Und warum hat es nichts gebracht?)

Ich habe in meinem ganzen Leben immer - - Sie, Herr Striegel, haben davon gesprochen, dass man in Deutschland Migration bis zum Volkstod braucht. Das ist Ihre wörtliche Formulierung.

(Oliver Kirchner, AfD: Genau!)

Und Sie maßen es sich jetzt an, hier Urteile zu fällen. Ich sage dazu nur eines: Pfu! Deiweil.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Dr. Pähle, Sie können selbstverständlich auch auf eine Kurzintervention antworten. Bitte.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Der Vorsitzende der AfD-Fraktion Herr Kirchner hat hier am Pult gesagt, dass antisemitische Tendenzen in seiner Partei und in seiner Fraktion nicht zu finden seien. Wer die beiden Videos sehen möchte, die ich in meiner Rede erwähnt habe, kann gern zu uns in die Geschäftsstelle kommen. Wir haben beide Videos gesichert. Ich habe die Zitate genannt. Wer daran Zweifel hat, wer hier die Tatsachen verkehrt, wer „Haltet den Dieb!“ schreit,

(Robert Farle, AfD: Da komme ich vorbei!)

der kann sich die Videos gern anschauen. Wir stellen sie gern bereit. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Robert Farle, AfD: Da komme ich vorbei, das will ich sehen!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Dr. Pähle. - Der nächste Redner wird für die Fraktion DIE LINKE der Abg. Herr Lippmann sein. Sie haben jetzt das Wort. Bitte.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es wurde heute schon angesprochen, dass es uns trotz des Abstandes von inzwischen zwei Wochen noch immer nicht leicht fällt, das, was passiert ist, in angemessene Worte zu fassen: Zwei Menschen wurden heimtückisch ermordet und weitere wurden verletzt, völlig wahllos, völlig willkürlich, völlig sinnlos. Sie hatten nichts getan, nichts falsch gemacht. Sie waren auch nicht zur falschen Zeit am falschen

Ort. Sie waren in ihrem ganz normalen Leben an einem Ort, an welchem sie nichts Schlimmes erwarten mussten.

Mitglieder und Gäste der jüdischen Gemeinde in Halle sind nur mit dem Leben davongekommen, weil sie sich in ihrer Synagoge verbarrikadieren konnten. Eine Tür hat sie geschützt, eine Tür, die jetzt zum Mahnmal wird, weil Menschen versagt haben. Und das alles am höchsten jüdischen Feiertag, am Jom Kippur, im Täterland der Schoah, das sich einmal mit tiefer Überzeugung ein „Nie wieder“ vorgenommen hatte. Niemand von uns kann sich in unsere jüdischen Mitmenschen hineinversetzen und den Schrecken dieser langen Stunden nachempfinden.

Kaum vorstellbar ist auch der Horror, den die Menschen im Döner-Imbiss erleiden mussten. Sie mussten fliehen, sich verstecken, um nicht erschossen zu werden. Und sie mussten den Tod eines völlig wehrlosen jungen Mannes miterleben. Es wird lange dauern, das Erlebte zu verarbeiten, und es wird Narben hinterlassen. Für die Angehörigen der Todesopfer wird es eine Zeitrechnung mit einem Davor und einem Danach geben.

Man steht fassungslos vor diesem Scherbenhaufen, der von einem rechten Terroristen in einer Stadt hinterlassen wurde, die sich schon so oft als bunt, offen und solidarisch gezeigt hat und die mit starken Strukturen und großem Engagement der Stadtgesellschaft rechten Umtrieben immer wieder die Stirn geboten hat.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Man steht fassungslos vor der Tat und dem Täter, der Menschen wie in einem Computerspiel abknallt, um einer international vernetzten rechtsextremen Community im Internet ein Spektakel zu bieten. Es war ein junger Mensch, der ohne innere Regung eiskalt Menschenleben vernichtet und dabei sein eigenes Leben wegwirft.

Man steht aber auch fassungslos vor dem politischen Versagen und der Unfähigkeit, selbstkritisch die Zusammenhänge und Umstände in ihrer gesamten Breite zu hinterfragen, die die Abläufe an diesem Tag erst möglich gemacht haben. Wie kann man sich nach einem solchen Desaster am Tag danach hinstellen und forscht behaupten, dass niemand etwas falsch gemacht hat?

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wie kann man sich dann auch noch den Fauxpas eines öffentlichen Streits mit der jüdischen Gemeinschaft leisten? - Als wäre es die Aufgabe der jüdischen Gemeinden im Land, ihren Schutzbedarf zu analysieren und anzumelden. Wie kann die Zurückweisung von Verantwortung und das Zeigen auf andere die erste Reaktion eines Innenministers sein? - Denn dass die Sicherheit der

Synagoge in Halle ganz offensichtlich und mit dramatischen Folgen falsch eingeschätzt wurde, liegt doch nun wirklich auf der Hand.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Man ist betroffen vom Krisenmanagement der Landesregierung, und man schämt sich dafür.

In den letzten 14 Tagen wurde von Regierungsseite viel geredet und oft wenig gesagt. Geradezu auffällig oft und fast beschwörend hörte man in den letzten Tagen dann die Formel: Lasst uns jetzt nach vorn schauen.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, diesem Wunsch des Ministerpräsidenten und des Innenministers nach einem besänftigenden Vergessen werden wir nicht folgen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wird die notwendige Rückschau verweigert und so die Vergangenheit und die eigene Verantwortung immer wieder ausgeblendet, kann es keine Klarheit darüber geben, welche Konsequenzen aus dem Geschehenen tatsächlich gezogen werden müssen. Wenn wir die Fehler der Vergangenheit nicht analysieren und aufarbeiten, werden sie fortgeschrieben und eben nicht überwunden. Vor dem Hintergrund dieses menschenverachtenden Terroraktes können wir der Landesregierung kein „Weiter so“ gestatten, bei dem im Kern am Ende alles beim Alten bleibt.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Im Gespräch mit der jüdischen Gemeinde am Tag danach war die Rede davon, dass man den Blick nicht länger vor der Realität verschließen dürfe. Der Bundesinnenminister hatte dabei bestätigt, dass es längst eine deutlich verschärfte Gefährdungslage durch Rechtsextremisten und Rechtsterroristen gibt - nicht seit Wochen oder Monaten, sondern seit Jahren.

So überfällig neue Gefährdungsanalysen des BKA oder des LKA auch sind, man brauchte sie nicht, um zu wissen, dass Synagogen und Moscheen in unserer heutigen Zeit einen personellen Schutz brauchen, zumindest an Feiertagen, wenn sich dort bekanntermaßen eine größere Zahl von Menschen befindet. Es wird ein nicht zu tilgender Makel für die Landesregierung und den Innenminister bleiben, dies nicht erkannt und umgesetzt zu haben, bevor ein so apokalyptisches Ereignis alle aufgeweckt hat.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Es wird ein schweres Versagen bleiben, die Gefahr von rechts eklatant unterschätzt zu haben, weil sie viel zu oft relativiert wurde.

Wer bisher meinte, über Rechtsextremismus und rechten Terror dürfe nur gesprochen werden,

wenn gleichzeitig auch der Blick nach links gerichtet wird, sieht sich jetzt mit den Folgen dieser Gleichsetzungsversuche konfrontiert.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Es muss endlich klar werden, dass man für den Aufstieg der Rechten und die Spaltung der Gesellschaft mitverantwortlich ist, wenn man den Verbalattacken der Rechten Beifall zollt und ihnen durch die Übernahme ihrer Argumente Wind in die Segel bläst.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Zur Realität gehört, dass mit dem Auflaufen der neuen Rechten auf Straßen und Plätzen, ihrem Einzug in die Parlamente und der radikalen Nutzung der sozialen Medien eine Verschiebung des öffentlichen Diskurses stattgefunden hat. Hier wird ganz gezielt an die Ideologie und die Sprache des Dritten Reiches angeknüpft und der Nationalsozialismus relativiert.

(Zustimmung bei der LINKEN)

„Vogelschiss der Weltgeschichte“, „Schuldskult“ und „Mahnmal der Schande“ oder - wie bei uns hier im Hohen Hause - die „Wucherungen am deutschen Volkskörper“ und „der gesunde Geist im gesunden Körper“ sind nur einige Belege dafür. Die AfD trägt eine klare Mitverantwortung für das, was hier passiert.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

Es sind klägliche und verlogene Versuche, sich von dieser Schuld reinwaschen zu wollen. Und es ist pure Heuchelei und es verhöhnt die Opfer, wenn die AfD jetzt hier Krokodilstränen vergießt.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Es bestätigt das Bild von der AfD, dass hier vorn vor einigen Minuten sogar bestritten wurde, dass es sich bei der Tat in Halle um einen rechten Terrorakt handelte.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Zur Realität gehört auch, dass Anschläge wie jetzt in Halle aber letztlich als Erfolge und Meilensteine für die Propagandastrategien der Rechten gelten. Deshalb werden sie auch nicht aufhören, weiter Hass und Zwietracht zu schüren und durch Lügen und Hetze für möglichst viel Verunsicherung zu sorgen; denn das ist der Humus, auf dem ihre braune Saat gedeiht.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ja, die AfD und ihre Gesinnungskumpane sind die geistigen Brandstifter für solche Taten. Mit ihrer verbalen Aggression gegen alles, was nicht ins rechte Weltbild passt, gegen Moslems und Juden, gegen Gewerkschaften und die demokratische Zivilgesellschaft, gegen Homosexuelle und Gender-

aktivistinnen, gegen Grüne und Linke wird das Aufkommen physischer Gewalt vorbereitet.

Der Rechtsterrorist Stephan B. hatte das alles im Visier, wie dem Manifest und dem Tätervideo zu entnehmen ist. Statt der Synagoge hätte es auch eine Moschee oder ein linkes Zentrum treffen können, und neben den Juden sind auch Feministinnen schuld an der angeblich bevorstehenden Umvolkung. - Alles Gedankengut, das von der AfD gezielt und systematisch in die Parlamente und in die Öffentlichkeit getragen wird.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir müssen die Augen endlich richtig öffnen, um zu verstehen, was hier wirklich geschieht. Wir müssen uns mit dem völkischen Nationalismus der Rechten und der AfD als menschenverachtender Ideologie in ihrer ganzen Breite und Tragweite auseinandersetzen. Ansonsten ist es nur eine Frage der Zeit, bis ähnliche Reden gehalten werden müssen, wenn ein nächster Anschlag eine Moschee oder ein Frauenzentrum trifft, wenn Homosexuelle angegriffen oder farbige Menschen gejagt werden, wenn wieder eine Flüchtlingsunterkunft brennt oder missliebige Politiker bedroht und ermordet werden.

(Zurufe von der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben aber auch erfahren, dass sich die demokratischen Kräfte als stark und widerstandsfähig zeigen. Kundgebungen und Blockaden, Lichterketten und Mahnwachen, Gedenkveranstaltungen und Gottesdienste sind wichtige Zeichen der Zivilgesellschaft. Izzet Cagac, der Besitzer des angegriffenen Kiez-Bistros in Halle, setzt ein ganz besonders Zeichen der Solidarität. Er, der Moslem, der Ziel des rechten Angriffes war, sammelt Spenden für die deutschen Opfer und sucht den Kontakt zur jüdischen Gemeinde. - Was für ein souveränes Signal gegen Intoleranz und Fremdenhass und für Mitmenschlichkeit.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dennoch werden diese Zeichen nicht ausreichen, um den braunen Ungeist wieder aus unserer Gesellschaft zu verbannen. Denn der Nährboden, auf dem er gedeiht, auf dem auch die AfD gewachsen ist, ist noch viel zu fruchtbar.

Natürlich kommt es jetzt erst einmal darauf an, diejenigen, die besonders bedroht sind, unmittelbar zu schützen. Natürlich müssen die Sicherheitsstrukturen endlich so ausgerichtet werden, dass Attentäter keine Chance mehr für weitere Angriffe haben. Gewaltbereite Neonazis müssen konsequenter überwacht und schon an der Vorbereitung von Straftaten gehindert werden.

Rechte Straftaten und Gewalttaten müssen konsequenter geahndet werden. Es darf nicht vorkommen, dass Verhandlungen platzen, weil die Staatsanwaltschaft nicht kommt, und es darf nicht sein, dass immer wieder rassistische Tatmotive nicht ausreichend gewürdigt werden.

Es kann auch nicht sein, dass Betroffene rechter Gewalt um ihre Anerkennung als solche kämpfen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es muss unbedingt mehr geschehen, um die Waffenarsenale der Rechtsextremisten auszuheben. Wir müssen dafür sorgen, dass die Zahl der Waffen in privaten Händen reduziert wird.

(Zurufe von der AfD)

Wir dürfen die Augen nicht weiter davor verschließen, dass ständig Waffen bei Bundeswehr und Polizei gestohlen werden, die scheinbar nicht wieder auftauchen.

(André Poggenburg, fraktionslos: Die waren selbstgebaut!)

Und wie einfach ist es eigentlich heute, sich selbst funktionsfähige Waffen herzustellen und sich Munition und Sprengstoff zu besorgen? Uns beunruhigt auch die wachsende Anzahl kleiner Waffenscheine.

(Zuruf von der AfD: Warum wohl?)

Das alles muss Anlass sein, die Regelungen im Waffenrecht zu überprüfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es muss endlich effektiv gegen Internetplattformen vorgegangen werden, in denen die Radikalisierung von Menschen geschieht und die für die Vernetzung rechter Gruppen, die Waffenakquise und die Verbreitung von Hass, Denunziation und Gewalt genutzt werden. Es muss endlich verstanden werden, dass rechter Terrorismus international ist und dass durch die Vernetzung und Zusammenarbeit im Zeitalter des Internets auch Anschläge wie in Pittsburgh und Christchurch unmittelbare Auswirkungen auf die Situation in Deutschland und sogar in Sachsen-Anhalt haben.

Wie kann es sein, dass die Sicherheitsbehörden den Betreiber der Plattform, auf der der Täter von Halle seine Tat streamte und sich vernetzte, eine Woche nach dem Anschlag noch nicht einmal kontaktiert haben? - Wir dürfen das Schicksal unserer Demokratie und unseres friedlichen Zusammenlebens nicht der radikalen Nutzung von Facebook, Twitter und Instagram durch rechte Kräfte überlassen. Social-Media-Foren, in denen ein NSU 2.0 gefeiert wird und Feindes- und To-

deslisten kursieren, müssen konsequent abgeschaltet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Doch so richtig und notwendig das alles ist, es ist nur das Reagieren auf die Folgen einer Entwicklung, die unsere Gesellschaft ins Straucheln bringt. Es ist aber nicht die Lösung für die Probleme, die dahinterstehen. Wir brauchen eine breite, vertiefte und ehrliche Debatte darüber, was seit Jahren bei uns schief läuft. Denn diese Entwicklungen sind nicht einfach so über uns gekommen; sie waren zu erwarten.

Diese Debatten müssen breit in der Gesellschaft geführt werden, aber wir hier im Parlament tragen dafür eine besondere Verantwortung. Wir müssen in der Lage sein, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und Lösungen anzubieten. Appelle zur Achtung von Solidarität und Menschlichkeit, unserer demokratischen Grundwerte und des gesellschaftlichen Zusammenhalts reichen dafür nicht aus. Wir werden an unseren Taten gemessen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn tatsächlich werden die Menschen seit Jahrzehnten von der herrschenden Politik immer wieder nachhaltig enttäuscht. Das erleben wir gerade ganz aktuell in Zeitz. Wir sind nicht in der Lage, unsere Krankenhäuser und Schulen zu sanieren. Wir treiben unsere Kommunen großflächig in immer neue Konsolidierungsrunden. Wir können wegen des eklatanten Personalmangels im öffentlichen Dienst viele staatliche Aufgaben nicht mehr erfüllen, nicht in den Schulen, nicht bei den Sicherheitsbehörden, nicht in der Justiz und auch nicht in vielen Verwaltungen.

Es gibt noch keinen Plan für eine dauerhafte Erweiterung der Schulsozialarbeit in ausreichendem Umfang und wir veranstalten gerade einen Politikzirkus um die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

(Guido Heuer, CDU: Thema verfehlt! - Weitere Zurufe von der CDU)

Diese Liste des staatlichen Rückzugs aus der staatlichen Verantwortung ließe sich noch lange fortsetzen. Es geht eben immer wieder um das Geld, das für elementare Dinge nicht vorhanden zu sein scheint. Durch die Steuerpolitik der letzten 20 Jahre wurden die öffentlichen Finanzen systematisch ruiniert, um den schlanken Staat zu schaffen.

(Ulrich Thomas, CDU: Was hat das jetzt mit Halle zu tun?)

Herausgekommen aber ist ein ausgehungertes Staat, dem seine politische Gestaltungskraft, sei-

ne wirtschaftliche Steuerungsfähigkeit und seine soziale Schutzfunktion mehr und mehr verloren gehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch das liefert den Stoff für rechte Propaganda. Überall dort, wo die Menschen zu Recht ihren enttäuschten Hoffnungen und Erwartungen Luft machen wollen, läuft die AfD auf und findet Gehör und Zuspruch.

(Zuruf von der AfD)

Die neue Rechte mit der AfD als ihrem parlamentarischen Arm konnte auf einem Boden gedeihen, der spätestens seit dem Beginn der 80er-Jahre durch die sogenannte geistig-moralische Wende in neoliberalen Denkfabriken wie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft vorbereitet wurde.

(Zurufe von der CDU und von der AfD)

- Das wollt ihr nicht hören.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir können aber der rechten Propaganda ihren Nährboden nur entziehen, wenn wir das Vertrauen der Menschen in die Gestaltungskraft realer Politik zurückgewinnen. Dazu müssen die sozialen Fragen der Menschen wieder ins Zentrum der politischen Arbeit gerückt werden und wir müssen dafür endlich überzeugende Antworten liefern. Es ist doch nicht wirklich schwer zu verstehen, dass die Menschen von uns die Sicherung ihrer Lebensgrundlagen erwarten, von Bildung und Arbeit über Wohnen und Mobilität bis zur Alterssicherung und Gesundheitsversorgung, und nicht zuletzt den Schutz von Natur und Klima.

Wir müssen aber auch erkennen, dass Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und andere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit keine Phänomene gesellschaftlicher Ränder sind, sondern tief in unsere Gesellschaft hineinreichen. Gerade weil es dafür einen Resonanzraum auch in der Mitte der Gesellschaft gibt, fühlen sich rechte Täter ermutigt und bestärkt.

Deshalb müssen wir uns gründlicher mit den Strukturen und Wirkungsmechanismen rechter Propaganda und rechter Netzwerke beschäftigen. Wir fordern daher die demokratischen Fraktionen auf, mit uns gemeinsam noch in diesem Jahr eine Enquete-Kommission einzurichten. Sie soll sich mit Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft auseinandersetzen, deren Bedeutung für aktuelle Entwicklungstendenzen des rechten Terrors untersuchen und ein dagegen gerichtetes Landesprogramm erarbeiten, das in Zusammenarbeit mit den Trägern der Zivilgesellschaft erstellt werden soll.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben in unserem Antrag darüber hinaus weitere konkrete Maßnahmen genannt, um den Entwicklungen in unserer Gesellschaft und dem zunehmenden Gefährdungspotenzial durch rechte Gewalt Rechnung zu tragen. Wir brauchen beides: Wir brauchen Änderungen in der Innen- und Rechtspolitik und im politischen Diskurs. Denn wenn der Rechtsruck nicht beendet und wieder zurückgedrängt werden kann, dann wird keine sicherheitspolitische Maßnahme dieser Welt rechter Gewalt und rechtem Terror wirksam begegnen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser gesellschaftliche Diskurs muss unterstützt und begleitet werden. Dafür gibt es bereits umfangreiche Strukturen und Angebote der Demokratieförderung, die langfristig in ihrer Arbeit gesichert und weiter ausgebaut werden müssen. Dass angesichts steigender Zahlen rechtsextremer Übergriffe die Mobile Opferberatung seit vielen Jahren unter schweren Bedingungen ihre wichtige Arbeit leisten muss, ist beschämend und muss dringend geändert werden.

Auch in die Aufklärungs- und Präventionsarbeit muss deutlich mehr investiert werden. Im Verhältnis zu den Kosten polizeilicher Sicherheitsmaßnahmen sind die Ausgaben für gesellschaftspolitische Präventionsarbeit vergleichsweise gering. Das Signal aus der Bundesregierung, gerade in solchen Zeiten die Mittel für die Demokratieförderung massiv zu kürzen, hat gezeigt, wie instinktlos, ja skandalös, politische Entscheidungen sein können.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir dürfen nicht im Gedenken und in der Betroffenheit verharren. Wir müssen nicht nur die Sprachlosigkeit überwinden, sondern wir müssen dem Rechtsruck in unserer Gesellschaft und der sozialen Verunsicherung in wachsenden Bevölkerungskreisen konsequent entgegenreten. Wir müssen der zunehmenden Verrohung im Umgang miteinander und dem Ausufern rechter Gewalt die Stirn bieten. Dafür sind klare Analysen und der verstärkte Einsatz von finanziellen und personellen Ressourcen erforderlich. Wir wollen unseren Kindern und Enkeln in die Augen sehen können, wenn sie uns fragen, was wir in unserer Verantwortung getan haben, um den Schwur „Nie wieder“ zu erfüllen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Lippmann, es gibt eine Wortmeldung des Abg. Herrn Siegmund.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Ich habe alles gesagt. Ich glaube, die Zeit war ausreichend.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Nichtsdestotrotz hat der Abg. Herr Siegmund die Möglichkeit, eine Kurzintervention zu machen. - Bitte.

Ulrich Siegmund (AfD):

Sehr geehrter Herr Kollege Lippmann, ich finde es unverantwortlich, dass Sie hier einen derart tragischen Vorfall zum Inbegriff der Instrumentalisierung Ihrer Fraktion machen. Das war absolut beschämend.

Es ist mir zweitens unbegreiflich, wie Sie aus diesem Vorfall die Schlussfolgerungen zum Neoliberalismus und zu weiteren wirtschaftspolitischen Dingen spinnen können. Das kann ich einfach nicht in Worte fassen und ich finde es dem Anlass entsprechend nicht angemessen.

(Zustimmung bei der AfD)

Der dritte Punkt ist: Es ist für mich noch unverständlicher, wie Sie diese Vorfälle instrumentalisieren können, um weitere Gelder für die Vereine einzutreiben, in der Ihre Klientel arbeitet. Das ist an Hohn in meinen Augen nicht zu überbieten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Siegmund. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. - Bevor wir Frau Lüddemann das Wort übergeben, werden wir einen kleinen Wechsel vornehmen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ja, Frau Lüddemann, Sie haben das Wort. Bitte.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geehrte Mitglieder der demokratischen Fraktionen. In Halle mussten am 9. Oktober 2019 zwei Menschen sinnlos sterben, weitere wurden verletzt. Auch heute noch bin ich, wie viele andere, fassungslos und erschreckt über die Tat an sich, aber auch über deren Beliebtheit. Es hätte jede und jeden treffen können.

Jana L. und Kevin S. mussten sterben, weil dem Täter von Halle eine noch schlimmere Bluttat misslang. Das haben wir nicht der Aufklärung von Sicherheitsbehörden zu verdanken, sondern schlicht einer Tür. Der Standhaftigkeit dieser Synagogentür ist es zu verdanken, dass wir von

einem Massaker wie in Christchurch verschont geblieben sind.

Nach dem Schock, der Wut und vor allem der Trauer um die Opfer kommt nun die Zeit der Aufarbeitung und vor allem der Frage nach den Konsequenzen dieser schrecklichen Tat. Denn diese Tat war mitnichten ein Alarmsignal. Diese Tat war für alle, die mit offenen Augen und Ohren durch unser Land gehen, leider absehbar.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Sie war nicht absehbar für diesen Tag und nicht für diesen Ort, aber sie war absehbar seit mindestens 2011, seit den unsäglichen Attentaten in Norwegen, seit Toulouse, Kopenhagen, El Paso, Pittsburgh und Texas, seit dem Tod Walter Lübckes, seit dem NSU und seit Combat 18, seit Chemnitz. Dass Radikalisierung und Zuspitzung im rechten Milieu stattfinden, ist für jeden, der sehen will, sichtbar. Und Bücher wie von Björn Höcke geben explizit Auskunft über faschistische Weltbilder im 21. Jahrhundert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

75 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus können sich Jüdinnen und Juden in Deutschland nicht sicher fühlen. Und es ist mehr als erschreckend, dass vielen Menschen erst jetzt klar wird, wie weit die Gefahr schon gediehen ist. „Judensau“ wird auf vielen Schulhöfen oder in Fußballstadien in Deutschland als Schimpfwort gebraucht.

Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung rät Juden, aus Sicherheitsgründen auf das Tragen der Kippa in der Öffentlichkeit zu verzichten.

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

Jüdische Gottesdienste müssen unter Polizeischutz abgehalten werden. Das Internet ist voll von bösartigsten antisemitischen Klischees und Ressentiments. Was lange im Geheimen gedacht, sich in obskuren Foren radikalisierte, tritt immer häufiger und ungeschminkter zutage.

Aus hasserfüllten Gedanken und Worten werden mörderische Taten. Mindestens nach dem brutalen Mord an Walter Lübcke und den Toten und Verletzten von Halle ist klar: Der Rechtsextremismus hat der Zivilgesellschaft den Kampf erklärt, offen und bewaffnet.

Er folgt dem uralten Muster der Verbindung von Antifeminismus, Antisemitismus und Rassismus. Aus dem sogenannten Manifest des Täters von Halle geht klar hervor: Damit sind alle Teile der Zivilgesellschaft gemeint.

So, wie es den migrantischen Döner-Laden traf, hätte es auch ein indisches Lokal, ein Frauenzentrum, ein selbstverwaltetes Jugendprojekt oder ein Kulturcafé treffen können.

Es ist überfällig, all denen Glauben zu schenken, die seit Jahren vor den rechten Entwicklungen warnen und Belege für die schleichende Radikalisierung vorlegten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Über „Wehret den Anfängen“ sind wir doch lange hinaus. Alle Demokratinnen und Demokraten müssen jetzt zusammenstehen, damit nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg auch weiterhin unser reales und glaubhaftes Ziel ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Es ist in diesem Land nicht genug getan worden, um die Grundwerte unseres Landes wirklich ernsthaft zu schützen. Zu oft ist weggeschaut, verharmlost oder nivelliert worden. - So wird Deutschland seiner historischen Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Was ist jetzt zu tun? - Wir müssen uns zuvorderst und zuallererst schützend vor unsere jüdischen Mitmenschen stellen. Die Synagogen des Landes müssen polizeilich und durch bauliche Maßnahmen geschützt werden. Der Ansprechpartner für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus muss gestärkt werden, zum Beispiel durch Hauptamtlichkeit. Die Verfolgung von Straftaten mit antisemitischem Hintergrund muss deutlich intensiviert und konsequenter durchgeführt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Hierbei kann es keine Einstellung wegen Geringfügigkeit der Tat mehr geben. Wer Hass verbreitet und damit die Fundamente unserer Gesellschaft angreift, muss eine klare und deutliche Antwort des Rechtsstaates bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Besondere Bedeutung kommt aber einem Bereich zu, den wir leider sträflich vernachlässigt haben, der aber Kern jeder Prävention ist: der politischen und historischen Bildung.

Polizistinnen und Polizisten können einen Angreifer körperlich abwehren. Wichtiger noch für die Zukunft ist es aber, die geistigen Abwehrkräfte der Gesellschaft zu stärken. Der Kampf gegen antisemitisches, rassistisches und antifeministisches

Gedankengut muss in allen Bildungsangeboten dieses Landes tief verankert sein, ob das in der Kita oder Schule, in der Jugend- oder Erwachsenenbildung ist, in der Ausbildung von Sicherheitskräften oder Lehrerinnen und Lehrern.

Meine Fraktion hat in der vergangenen Woche einen umfassenden Aktionsplan gegen Antisemitismus und Hasskriminalität vorgelegt, wo Sie unsere konkreten Vorschläge auf elf Seiten nachlesen können. Dies alles muss flankiert werden von einem Demokratieförderungsgesetz auf Bundesebene, damit endlich Rechtssicherheit für diejenigen besteht, die oft an vorderster Front gegen rechte Tendenzen aufstehen und Bildung vorantreiben.

Zur Aufarbeitung der Ereignisse gehört aber auch, über geistige und moralische Verantwortung zu sprechen. Und da ist ungeschminkt festzustellen, dass sich Radikalisierung der rechten Szene stärker entwickelt, seit sie einen politischen und parlamentarischen Arm gefunden hat, seit es eine Partei gibt, die die Sprache des Dritten Reiches in die Öffentlichkeit und die Parlamente trägt.

(Zuruf von der AfD)

Ja, die AfD gehört mit zu den geistigen Brandstiftern dieser Gesellschaft, die Juden Hass befeuern, starke Frauen verunglimpfen und gegen alles hetzen, was nicht ihrem selbstdefinierten Mainstream des weißen Mannes entspricht.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD)

Da ist es mehr als durchsichtig, sich verbal an die Seite des Judentums zu stellen und so zu tun, als sei der muslimische Antisemitismus das einzige und zudem noch importierte Problem.

Ja, es gibt Antisemitismus, Antifeminismus und Rassismus in vielen Ausprägungen. Aber dieser Ihr Trick ist allzu billig. Und Halle hat gezeigt, dass sich diese Form der Schuldabwehr selbst entlarvt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Hass beginnt in den Köpfen und mit Worten. Jede und jeder ist gefordert, dagegen zu halten und nicht zu schweigen. Ich weiß selbst, wie schwer das ist, wenn in der Regionalbahn antisemitische Sprüche geklopft werden. Was passiert, wenn ich mich einmische?

Aber nur, wenn immer mehr Menschen genau dies tun, können wir den Kampf um die Grundwerte unserer Bundesrepublik Deutschland gewinnen, die bunt, vielfältig und offen für alle Religionen ist. Es muss klar und deutlich widersprochen werden.

Gedenken wir den Opfern, indem wir uns geistig rüsten für den demokratischen Kampf gegen den antisemitischen und rechtsextremen Ungeist, indem wir uns praktisch rüsten für mehr Zivilcourage und Solidarität. Wir müssen klar und deutlich bekunden: Nie wieder! Alle Demokratinnen und Demokraten müssen Antifaschisten sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke, Frau Lüddemann. Ich sehe hierzu keine Fragen, deswegen spricht jetzt für - Herr Poggenburg, Ihre Wortmeldung hatte ich leider übersehen. Dann können Sie jetzt Ihre Frage stellen.

André Poggenburg (fraktionslos):

Sehr geehrte Frau Lüddemann, Sie beklagten gerade die Verwendung der Sprache aus der NS-Zeit in Parlamenten. Ich denke, Sie meinen damit die deutsche Sprache. Sollen in der deutschen Sprache solche Begriffe wie Autobahn etc. nicht mehr benutzt werden können,

(Zurufe von den GRÜNEN: Ah!)

weil sie auch von Verbrechern genutzt wurden? Soll die deutsche Sprache abgeschafft werden? Oder wie darf ich Sie verstehen bei dieser Angelegenheit?

(Zurufe von den GRÜNEN, von der LINKEN und von der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe bei Frau Lüddemann keinen Bedarf, darauf zu reagieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen können wir jetzt in der Debatte der Fraktionen fortfahren. Herr Borgwardt, Sie haben nun für die Fraktion der CDU das Wort.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der mir zur Verfügung stehenden Zeit erlaube ich mir einige Vorbemerkungen. Ich bin Frau Dr. Pähle ausdrücklich dankbar dafür - obwohl sie es nicht genau so genannt hat -, dass sie indirekt auf die Protokolle der Weisen von Zion abgehoben hat, die nämlich im zaristischen Russland von dem dortigen Geheimdienst 1903 gefertigt wurden, um Anlass zu geben, die Juden systematisch zu verfolgen. Die Nazis haben das genutzt. Bis heute tauchen diese Formulierungen auf, um die Juden zu diffamieren als angebliche Weltverschwörer und die, die anderen alle umbringen wollen. Ich erinnere ausdrücklich

daran und bin ihr dankbar, dass sie darauf Bezug genommen hat.

Die zweite Vorbemerkung ist, dass wir uns als CDU-Fraktion maßgeblich an den tatsächlichen Tathergang und an den Umständen des 9. Oktober dieses Jahres gehalten haben und an den aus unserer Sicht sehr gut formulierten Brief des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde von Halle.

(Beifall bei der CDU)

Ich wäre sehr froh gewesen, wenn zwei andere Fraktionen, die jeweils außen sitzen, das in diesem Augenblick auch gemacht hätten. Da muss ich Ihnen einmal Folgendes sagen, Herr Lippmann - hier, mit Blick auf die AfD-Fraktion, habe ich es nicht anders erwartet -: Es kann nicht sein, dass Sie Dinge, die im Fluss und in der Diskussion sind, bei einem solchen Anlass mit in eine Diskussion einbringen, in der wir heute über einen unaussprechlichen Terrorakt reden.

(Beifall bei der CDU)

Das können Sie nicht wegwischen. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich bin mit vielen Ihrer Kollegen im Gespräch, auch darüber, wie wir jetzt mit Ihrem Antrag umgehen. Ich halte das für unangemessen, um das einmal ganz deutlich zu sagen. Sie tun damit meiner Ansicht nach auch der Mehrheit Ihrer Fraktion keinen Gefallen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Uns und mich macht sehr betroffen, dass wir hier zum zweiten Mal binnen zwei Monaten zu einem Thema sprechen müssen, dem Todesopfer vorausgegangen sind. Das stimmt mich traurig und macht nachdenklich zugleich.

Während wir im August über den Mord an Walter Lübcke debattierten, bestimmt heute der feige Versuch eines Anschlages auf eine Synagoge in Halle die Diskussion über den damit verbundenen Tod von zwei Passanten. Unser tiefstes Mitgefühl gilt den Opfern, ihren Angehörigen und allen, die direkt von der Tat betroffen sind.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Der Bundespräsident Frank Walter Steinmeier hat den 9. Oktober dieses Jahres als einen Tag der Scham und der Schande für dieses Land, für diese Demokratie bezeichnet. Dem können wir uns nur anschließen.

Dieser geplante Anschlag ist eine feige antisemitische und menschenverachtende Gewalttat - und das ohne Relativierung. Ich sage das noch einmal ausdrücklich: Es gibt Parallelen zu vielen Sachen. Aber angesichts dieser außergewöhnlichen neuen Qualität eines in diesem Fall rechts-

extremistischen Anschlages und einer Gewalttat erübrigen sich alle Relativierungen. Das sage ich auch an die beiden von mir zuerst kritisieren Fraktionen.

Aber für jüdischen Glauben und religiöse Minderheiten in Deutschland darf dieser geplante Anschlag nicht das auslösen, was er auslösen sollte, nämlich den Menschen Angst zu machen und sie körperlich zu bedrohen. Dem müssen wir eindeutig entgegenstehen. Das haben nicht nur wir in unseren Fraktionen, sondern hat auch die Landesregierung sehr deutlich gemacht. Ich bin der Koalition, unserem Minister und unserem Ministerpräsidenten sehr dankbar dafür.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Sowohl der Mörder von Walter Lübcke, Stephan E., als auch der Täter von Halle zeigen klare - das ist so - rechtsextreme Neigungen. Das ist eine Entwicklung, die mich sehr schockiert.

Was mich in diesem Fall aber noch mehr schockiert, ist das Profil des Täters. Stephan B. war ein unauffälliges Blatt, 27 Jahre alt, lebte bei seiner Mutter. Er soll in keiner Kartei der Polizei oder des Verfassungsschutzes als Extremist verzeichnet gewesen sein. Dennoch soll er sich bereits im Jahr 2015 im Internet eine Waffe besorgt haben.

Laut einem Fernsehbeitrag der ZDF-Sendung „Frontal 21“ hatte er aber schon vor fünf Jahren einen Kontakt zur NPD gesucht. Fünf Jahre später stellt er Munition und Waffen selbst her, lädt seinen gesamten Bestand an Waffen und Sprengsätzen in einen gemieteten Golf und macht sich auf den Weg zur Synagoge nach Halle.

Nachdem sein Anschlag - man kann heute sagen: Gott sei Dank - auf die jüdische Gemeinde gescheitert ist - darauf ist heute hier schon eingegangen worden -, weil die Eingangstür gehalten hat, tötet er danach scheinbar willkürlich zwei Menschen. Anschließend flieht er mit einem Auto.

Im benachbarten Wiedersdorf verletzt er ein Ehepaar mit Schüssen schwer.

Durch einen selbst verursachten Verkehrsunfall wurde er schließlich überwältigt und in Gewahrsam genommen.

Mehr als 700 Polizisten waren im Einsatz und konnten den Täter nach gut eineinhalb Stunden festnehmen.

Mittlerweile sitzt der Täter in Untersuchungshaft. Er hat gestanden und - hören Sie gut zu! - antisemitische sowie rechtsextreme Motive eingräumt.

Wer hier also jetzt noch sagt, wir unterstellen etwas, der hat das selbst - - Man kann sagen, man glaubt ihm nicht, aber das ist nun einmal die Tatsache.

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

- Herr Kirchner, so ist es gewesen.

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

Mehr als 50 Gläubige haben an diesem Tag in Halle den jüdischen Festtag Jom Kippur gefeiert. Wir möchten uns gar nicht vorstellen, was passiert wäre, wenn die Tür der Synagoge nicht gehalten hätte. Das hat sie Gott sei Dank. Dennoch mussten Menschen sterben, Menschen, die einfach nur zur falschen Zeit am falschen Ort waren.

Während dieser schockierenden Tat spricht der Täter größtenteils in einem holprigen Englisch. Er überträgt seine Handlungen live im Internet und hat sogar Zuschauer, die ihm live dabei zusehen, mehr als 2 200 Follower, die sich das Video anschließend noch angesehen und geteilt haben.

Das Attentat von Halle wird dort gezeigt, wo es seinen Ursprung hatte: im Internet. Dort hat sich der Täter Stephan B. radikalisiert.

Können wir vor diesem Hintergrund noch von einem Einzeltäter sprechen? - In diesem konkreten Fall müssen wir das bejahen. Insgesamt betrachtet wäre es aber zu einfach. Der Blick auf diese Taten muss weitergehen. Das sieht auch der Generalbundesanwalt Peter Frank so; meine Kollegin ging darauf schon ein. Der „Spiegel“ zitiert ihn mit den Worten: „Selbst wenn sie ihre Taten allein verübten, seien sie in einer virtuellen Gemeinschaft eingebunden, die im Internet ihre Morde bejubelt.“ In diesem Zusammenhang spricht er gar von einer neuen Form des Terrorismus.

Über die Grenzen hinaus finden sich ähnliche Taten: in Oslo, auf Utøya, in Pittsburgh in den USA - meine Kollegen gingen darauf ein -, ebenso in Christchurch in Neuseeland, um nur einige Beispiele zu nennen.

Alle diese Taten sind erst aus Worten erwachsen, haben dann im Internet Gleichgesinnte gefunden, die sie dazu motivierten, diesen Worten auch Taten folgen zu lassen. Genau dieses Muster trifft auf diesen Anschlag zu.

Diese Taten finden auch bei uns statt. Ich erinnere an das Attentat auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker im Oktober 2015, als ein Rechtsextremist sie mit einem Messer in den Hals gestochen hat.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Oder der Amoklauf von München!)

- Lieber Herr Striegel, ich trage meine Rede selbst vor.

Nun hat es wieder Drohungen gegen Politiker in Thüringen gegeben. Nach Medienberichten wurde unter anderem der grüne Landtagsabgeordnete Dirk Adams zum Parteiaustritt aufgefordert; sonst würde ihm ein ähnliches Schicksal wie der Kölner Oberbürgermeisterin drohen.

Mein Kollege Mike Mohring hat mittlerweile wiederholt Morddrohungen erhalten. Nach seinen Aussagen kamen diese Drohungen ebenfalls von Rechtsextremisten, die ihn aufforderten, vom Wahlkampf abzusehen, sonst würden sie ihn abstechen oder gar eine Autobombe unter seinem Auto zünden.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das muss aufhören.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Rechtsextreme Gewalttaten reichen aber noch viel weiter zurück. Ich möchte Sie erinnern an den Brandanschlag auf die Zentrale Aufnahmeabteilung für Asylbewerber, auf das Wohnhaus von 150 vietnamesischen Vertragsarbeitern in Rostock-Lichtenhagen, an den Tod von drei Türkinnen nach einem Brandanschlag von drei Neonazis in Mölln oder auch an die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds.

Medienrecherchen belegen mindestens 169 weitere Todesopfer rechtsextremer Gewalt seit 1990. Dazu kommen 1 600 antisemitische Straftaten im vergangenen Jahr in der Bundesrepublik Deutschland.

Das ist eine erschreckende Erkenntnis, eine Erkenntnis, die zeigt, dass die Sicherheitslage in unserem Land, was den Antisemitismus, den Rechtsextremismus und den Rechtsterrorismus angeht, sehr angespannt ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich ist der Anlass für die Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten und die dazugehörige Debatte das Verbrechen vom 9. Oktober. Dennoch ist diese Tat ein Spiegelbild der Gesamtentwicklung in unserem Land, und das auch mit internationalen Vernetzungen.

Die Tat an sich verüben Einzelpersonen. Doch sie werden getrieben und motiviert von einer Gemeinschaft im Internet so lange, bis sie eine Gewaltbereitschaft aufbauen, die auch Opfer mit sich bringt. Radikale und antisemitische Hetze im Internet haben sich längst auf das reale Leben ausgewirkt. Es sind Nebenwirkungen der Digitalisierung und der sozialen Plattformen. Nutzer

sind dort anonym. Täter können sich verstecken. Radikale können ihre Neigungen unter dem Deckmantel eines zufällig gewählten Benutzernamens mit Gleichgesinnten teilen.

Diesen Personen, diesen Tätern, diesen unbe-rechenbaren Tätern auf die Spur zu kommen ist eine gewaltige Aufgabe für unsere Sicherheitsbehörden. Vor diesem Hintergrund ist es völlig unangemessen, verehrte Kollegen der AfD, wieder einmal den Rücktritt eines Ministers zu fordern. Wir stehen zu unserem Innenminister Holger Stahlknecht. Darum weisen wir, ähnlich wie es der Ministerpräsident schon gesagt hat, Ihren Antrag mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir alle wissen, meine Damen und Herren, dass der Zweite Weltkrieg viel Leid und auch Schande über unser Land gebracht hat, beim Beginn und beim Ende, auch über die Deutschen, verehrte Kollegen. Beim Holocaust sind sechs Millionen europäische Juden ermordet worden. Aus Halle (Saale) wurden rund 700 Juden in Konzentrationslager verschleppt, in Magdeburg mehr als 1 500 Juden ermordet.

Auch die Jahre danach waren für die Juden in Sachsen-Anhalt nicht einfach. Mit der Wiedervereinigung vollzog sich dann eine grundlegende Wende.

Ich habe nicht die Zeit und will es in diesem Zusammenhang auch nicht näher ausführen. Aber auch die DDR hatte ein sehr gespaltenes Verhältnis zum Judentum und zum Staat Israel, um das einmal ganz klar zu sagen, Herr Lippmann.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Die jüdischen Gemeinden in unserem Land und ihre Landesvertretungen sprechen seitdem wieder von einer politischen Kultur, die erstmals Bedingungen schafft, jüdisches Leben umfassend zu gestalten und zu verwirklichen, und das unterstützt vom Land Sachsen-Anhalt. Das dokumentiert sich sogar in einem zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Jüdischen Gemeinschaft geschlossenen Staatsvertrag, der 2006 erneuert wurde.

Auf der Homepage des Landesverbandes jüdischer Gemeinden in Sachsen-Anhalt heißt es: „Es dauerte lange, bis dieses Land sie annahm, bis aus Juden in Deutschland lebende deutsche Juden wurden.“

Am 9. November 2019 werden wir wieder an die Reichsprogromnacht erinnern, als Juden Opfer organisierter und gelenkter Gewaltmaßnahmen des nationalsozialistischen Regimes wurden. Ich

habe es wirklich nie für möglich gehalten, dass diese Menschen jemals wieder Angst vor Angriffen haben müssen.

In der vergangenen Woche hat der Journalist Richard Schneider in einem Beitrag der „Zeit Online“ Folgendes gesagt - ich zitiere -:

„Ich will als Jude in meinem Alltag frei leben und atmen können. Es gab Zeiten, da hatte ich geglaubt, das sei möglich in Deutschland. Es war möglich. Heute ist es nach meinem Dafürhalten nicht mehr möglich.“

Er hat Deutschland, seine Heimat, verlassen. Dass das nicht zur Regel wird, meine sehr verehrten Damen und Herren, dafür sollten wir alle, die wir hier sind, unterschiedlich unserer eigenen Feldpostnummern, kämpfen. Das sage ich ganz deutlich.

(Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD, und von Dr. Katja Pähle, SPD)

Wir alle hier im Hohen Hause und die Menschen draußen auf den Straßen, beim Bäcker, beim Abholen ihrer Kinder sollten dafür kämpfen, dass Menschen unterschiedlicher Konfession und unterschiedlichen Glaubens in diesem Land friedlich und frei zusammenleben können.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Darum bin ich auch der jüdischen Gemeinschaft und unserem Innenminister Holger Stahlknecht dankbar, dass sie sich umgehend zu einem sicherheitspolitischen Gespräch getroffen haben. Dabei ging es unter anderem auch um den Abschluss einer ergänzenden Vereinbarung zum bereits genannten Staatsvertrag sowie um bauliche Sicherheitsmaßnahmen an Synagogen und deren Finanzierung. Zudem werden die Beteiligten in weiteren Gesprächen die von der Landespolizei zu erstellende allgemeine Gefährdungsbeurteilung gemeinsam mit dem Sicherheitsbeauftragten des Zentralrates der Juden erörtern.

Nur so kann es funktionieren. Denn in dieser Zeit helfen uns ein Zusammenrücken mehr als ein Verurteilen oder einseitige Schuldzuweisungen. Nur wir gemeinsam können gegen jede Form von Terrorismus in unserem Land vorgehen, können unseren demokratischen Rechtsstaat für die Zukunft aufrechterhalten.

Meine Damen und Herren! Ich habe es bereits eingangs erwähnt: Mehr als 700 Polizisten haben geholfen, den Täter von Halle festzunehmen. Unser Dank gilt insbesondere und ausdrücklich den Einsatzkräften vor Ort, die unter schweren physischen und psychischen Belastungen den Täter stellen konnten. Das Handeln der dortigen Einsatzkräfte hat sich in dieser Krise bewährt.

Ihr Handeln dürfte auch dafür verantwortlich sein, dass der Einsatz unserer Polizei professionell verlaufen ist und der Täter trotz aller Schwierigkeiten gefasst werden konnte. Wer in einer solchen Situation Kritik an der Polizei übt, sollte sich immer vor Augen halten, dass die Einsatzkräfte für uns alle ihr Leben aufs Spiel setzen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Es muss daher parteiübergreifend unser Ziel sein, die richtigen Schlussfolgerungen für die Verhinderung derartiger Anschläge zu ziehen. Ich sage ausdrücklich: Wir stimmen keinerlei Enquete-Kommission in dieser Frage zu. Das ist für uns der falsche Weg.

(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Dazu gehören Maßnahmen für mehr Sicherheit. Welche Maßnahmen erforderlich sind, muss diskutiert werden und letztlich auch umgesetzt werden.

Den ersten Schritt dazu hat bereits Horst Seehofer Ende September unternommen, indem er seine Pläne im Kampf gegen den Rechtsextremismus präsentierte. Demnach soll es beim Bundeskriminalamt zusätzlich 440 Stellen geben, 300 beim Bundesamt für Verfassungsschutz. Sie kennen das.

Dass das damit auch funktionieren kann, bestätigt der Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang in einem Interview. Darin bekräftigt er, dass es immer wieder Fälle geben kann, die im Vorfeld nicht aufgedeckt oder erahnt werden können. Deswegen verbietet sich in den Fragen eine Schuldzuweisung an unsere Sicherheitsbehörden.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Jedoch sagt er auch: Wir können die Chancen erhöhen, dass wir sie entdecken können. Wenn wir eine Gesetzesänderung vornehmen, werden wir sehen, wer ihr zustimmt und wer nicht.

Meine Damen und Herren! Gewalttätige Übergriffe in unserer Gesellschaft gegen wen auch immer sind nicht zu tolerieren, weil es auch eine Frage des demokratischen Anstandes ist, dass man Andersdenkende in ihrem Sinne handeln lässt und dagegen nicht mit Methoden der Gewalt oder krimineller Energie vorgeht.

Wer dazu aufruft, gegen den Staat, gegen die Demokratie zu agieren, der muss hart bestraft werden. Für uns gibt es keine ideologische Rechtfertigung für Hass und Gewaltverbrechen. Extremismus darf in unserem Land keine Chance haben.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Für uns ist es die Aufgabe der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern, jede Form von Terrorismus und von rechts- oder linksmotiviertem Extremismus konsequent zu bekämpfen. Das haben wir hier im Plenum wiederholt betont. Feinden der Demokratie müssen wir gemeinsam entschieden entgegentreten.

Meine Damen und Herren! Wir leben in einer wehrhaften Demokratie, in einem Rechtsstaat. Die Bürger erwarten, dass der Staat das Gewaltmonopol rechtmäßig durchsetzt. Wir werden unsere Haltung weiter geschlossen und entschieden in die gesamte Bevölkerung hinein kommunizieren und dabei ein Verständnis für die Prinzipien unseres Staates, Demokratie und Rechtsstaat, vermitteln.

Für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit lohnt es sich, täglich in die kommunikative Auseinandersetzung einzutreten. - Das ist mein Zitat, das ich schon im Fall Lübcke gesagt habe. Das erhalte ich für unsere Fraktion nach wie vor aufrecht. Unsere streitbare Demokratie erfordert den besonderen Schutz unserer Verfassung, da sie Menschenrechte und Freiheit gewährleistet.

Wir stehen an der Seite derjenigen, die sich für Demokratie und Menschenrechte sowie gegen Rassismus einsetzen. Wir begrüßen konsequentes Vorgehen gegen Vereinigungen und gewaltbereite Personen, die Gegner unseres Rechtsstaates sind und die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährden wollen.

(Zustimmung von Gabriele Brakebusch, CDU)

Auch das haben ich und Kollegen meiner Fraktion bereits des Öfteren hier im Hohen Haus zum Ausdruck gebracht.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Das geplante Attentat von Halle hat gezeigt, dass unsere Gesellschaft und unser Staatswesen vor einer nicht zu unterschätzenden Herausforderung - in diesem Fall durch den Rechtsextremismus - stehen: ein Attentat von einem vorher unauffälligen, nicht bekannten, fast zufälligen Täter, eine Art Täter, der in jedem Land, in jeder Stadt zuschlagen kann und dessen Tat eben nur schwer bis gar nicht vorhersehbar war.

(Robert Farle, AfD: Und der mit uns nichts zu tun hat!)

Unser Staat muss diese rechtsextremistischen Tattaten genauso konsequent bekämpfen wie den Terror der RAF in den 70er-Jahren;

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

denn auch diese Straftäter wollten unsere demokratische Gesellschaft zerschlagen,

(Zustimmung von Gabriele Brakebusch, CDU, und von Guido Heuer, CDU)

genauso wie der Attentäter am 9. Oktober 2019. Die von der Bundesjustizministerin angekündigte Verstärkung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes kann zumindest ein Schritt in die richtige Richtung sein. Wir werden sehen, wer dem dann zustimmt, wenn wir das in Landesrecht umsetzen wollen.

Schwere Beleidigungen und Bedrohungen im Netz müssen konsequent geahndet werden. Das muss entsprechend bestraft werden. Vor diesem Hintergrund begrüße ich ausdrücklich den Beschluss der Sonderministerkonferenz am vergangenen Freitag. Es ist unabdingbar, dass der Bund und die Länder ihre koordinierte Strategie zur Analyse von rechtsextremen Strukturen, Netzwerken und Einzelpersonen insbesondere im Internet nachhaltig fortentwickeln.

Ebenso wichtig ist der Ansatz, Hass und Hetze im Internet festzustellen und strenger zu verfolgen, um die Verantwortlichen aus der Anonymität des Netzes herauszuholen. Genau das ist das Ziel, das wir erreichen müssen. Dafür ist es auch notwendig, das Bundesverfassungsschutzgesetz maßvoll zu ergänzen sowie eine Meldepflicht für Dienstanbieter nach dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz und eine Datenauskunftsverpflichtung der Telemedienanbieter einzuführen.

Die Regelung für Facebook, Twitter und YouTube, wonach ein gemeldeter Beitrag oder Kommentar binnen 24 Stunden geprüft werden muss, muss auch für alle anderen Plattformen gelten, sonst weichen Extremisten nämlich auf diese aus. Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Menschen in Sachsen-Anhalt haben Anspruch darauf, dass der Staat das Erforderliche unternimmt, damit sie hier sicher leben können. Sicherheit ist die Grundlage, auf der alles aufbaut.

Die Sicherheitspolitik meiner Fraktion und meiner Partei verfolgt das Ziel, hart gegen Verbrechen und deren Ursachen vorzugehen. Das bedeutet für uns die Stärkung der Sicherheitsbehörden durch Aufstocken der Stellenzahl bei der Bundespolizei, beim Bundeskriminalamt und beim Bundesamt für Verfassungsschutz.

Für die CDU-Fraktion hat das Thema innere Sicherheit schon immer Priorität gehabt. Wir setzen uns für die dauerhafte Erhöhung der Personalstärke der Landespolizei ein, machen uns für die Auflösung des Beförderungsstaus stark und ordnen die Organisationsstruktur der Landespolizei neu, um sie besser an die bestehenden und künftigen Anforderungen anzupassen.

Meine Damen und Herren! Wir müssen jeder Form von Radikalisierung mit Entschiedenheit und

mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegentreten. Akzeptanz für rechten, linken oder religiös motivierten Extremismus lehnen wir konsequent ab.

(Zustimmung bei der CDU)

Alle extremistischen - auch und insbesondere islamische - Gefährder - ich empfehle die letzten Veröffentlichungen dazu, wie stark die Zahlen gestiegen sind - bedürfen einer besonderen Beobachtung durch unsere Verfassungsschutzbehörden.

(Zustimmung bei der CDU - Oliver Kirchner, AfD: So ist es!)

Nur so lassen sich staatsgefährdende und schwerwiegende Straftaten verhindern. Der Präsident ging im Nachgang zu der Auswertung des Falles Amri darauf ein, dass dort schwere Fehler in Fragen der Erkennung gemacht wurden, die in Zukunft verhindert werden sollen.

Extremisten hoffen - im schlimmsten Sinne des Wortes -, dass sie mit ihren Taten andere mundtot machen und Angst und Schrecken verbreiten. Auch in der Stadt Halle sowie im Land Sachsen-Anhalt haben wir kurz nach der Tat am 9. Oktober 2019 verständlicherweise unter Schock gestanden. Doch unsere Antwort muss lauten: Wir haben keine Angst und wir werden auch nicht weichen, nicht nur heute, auch in Zukunft nicht.

Was mich diesbezüglich optimistisch stimmt, ist - meine Vorrednerin ging bereits darauf ein -, dass sich am Wochenende bis zu 15 000 Menschen zu einem ungewöhnlichen Konzert auf dem Marktplatz in Halle getroffen haben und geschlossen ein starkes Zeichen gegen Angst gesetzt haben. Das war ein aktiver Gegenentwurf zu Hass, Antisemitismus und Rassismus. Diese Botschaft wurde am Wochenende über die medialen Kanäle über Sachsen-Anhalts Landesgrenzen hinaus übermittelt.

Was die Organisatoren, Künstler und Fans dort in kürzester Zeit bewerkstelligt haben, verdient ausdrücklich unsere Anerkennung. Und vor allem, meine Damen und Herren, zeigt es, dass wir nicht allein sind im Kampf gegen radikale Kräfte, die unserer Gesellschaft schaden wollen. Diesem Beispiel sollten wir alle folgen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Borgwardt, es gibt eine Wortmeldung von Herrn Kirchner. - Diese kann er jetzt wahrnehmen. Bitte, Herr Kirchner.

Oliver Kirchner (AfD):

Sehr geehrter Herr Borgwardt, ich habe Ihnen sehr genau zugehört und möchte aufs Schärfste zurückweisen, dass ich in meiner Rede irgend etwas, wie Sie es formuliert haben, verharmlosend oder einseitig dargestellt hätte. Ich habe bereits im März 2018 den Landesverband Jüdischer Gemeinden angeschrieben, weil ich erkannt habe, dass in diesem Land der Antisemitismus wächst. Darauf habe ich auch eine Antwort erhalten. Ich habe auch im letzten Jahr bei dem Jahrestag der Novemberpogrome dazu aufgefordert, uns gemeinsam diesem Thema zu widmen. Deswegen lasse ich mir so etwas nicht nachsagen.

Wenn ich Kenntnis davon erlange, dass der Täter in seiner Vernehmung gesagt hat, man kann auch Antisemit sein, ohne Rechtsextremist zu sein, dann nehme ich das erst einmal so zur Kenntnis. Wenn Sie darüber andere Informationen haben, dann ist das so. Das macht den Täter weder schlechter noch besser. Ein Mörder bleibt ein Mörder. Das ist es, was wir hier richtigstellen müssen. Allen Extremismusformen ist entgegenzutreten. Damit hat man keine Parteipolitik zu machen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie können reagieren, wenn Sie wollen, Herr Borgwardt.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Herr Kirchner, das gibt mir zumindest die Gelegenheit, mit einer Legende aufzuräumen, die ich auch für verharmlosend halte. Ein Mord ist nicht mit einer politisch motivierten Terrortat gleichzusetzen. Das kann Ihnen jeder Jurist erklären - ich bin keiner, aber lassen Sie sich das bitte gesagt sein -, Ihr Nachbar ist ja einer.

(Oliver Kirchner, AfD: Hier ging es um Morde und Mörder!)

- Das ist aber eine Verharmlosung.

(Oliver Kirchner, AfD: Ich verharmlose ja nichts!)

Wir haben es in Deutschland mit einer neuen Qualität zu tun: Es werden gezielt, und zwar aus rein politisch motiviertem Hass, willkürlich Menschen erschossen. Es gibt eine klare Definition, was Mord ist; diese muss ich Ihnen jetzt nicht zitieren.

(Zuruf von Robert Farle, AfD)

- Herr Farle, vergessen Sie es. Ich antworte jetzt nicht darauf. Dann kommen Sie mir mit niederen Beweggründen,

(Robert Farle, AfD: Nein, nein!)

die können natürlich auch politisch motiviert sein. Ich kenne die Definition.

Der zweite Punkt, auf den ich gern eingehen möchte. Ich habe gesagt, dass ich das nicht weiter vertiefen will, aber es sollten alle einmal ihre Haltung und auch ihre Äußerungen, beispielsweise zum Staat Israel, überprüfen. Dabei gibt es sehr viele Parallelen, meine sehr geehrten Herren. Ich sage ganz deutlich: Man kann Kritik am Staat Israel üben; ich kenne viele, die das tun und trotzdem keine Antisemiten sind - das werden Sie mir möglicherweise entgegenen.

(Oliver Kirchner, AfD: Ja!)

Das verstehe ich sogar. Aber man muss aufpassen, wenn man das nicht klar trennt. Und genau das passiert nicht. Das sage ich Ihnen. Ich könnte noch lang und breit darüber sprechen.

Der dritte Punkt, der mich äußerst bedenklich stimmt, ist, dass jemand meint, sich nicht von Dingen distanzieren zu müssen. Wir mussten das auch schon tun. Ich sage Ihnen deutlich: Die Zitate, die Frau Dr. Pähle und andere gebracht haben, sind in der Welt; und dann muss ich mich mit denen beschäftigen und kann nicht sagen: Das interessiert uns nicht. Das ist der zweite Punkt, bei dem ich sage: Hier muss man aufpassen, wenn man ernst genommen werden will, dass man kein Antisemit ist und damit nichts zu tun haben will. Das ist das Problem. Dazu können Sie möglicherweise anderer Meinung sein, aber es waren Mitglieder von Ihnen.

Und so, wie ich mich bzw. Kollegen im Bundestag sich schon einmal für Äußerungen entschuldigen mussten, die andere Kollegen getätigt haben, muss man Verantwortung dafür übernehmen, wenn man einer Truppe vorsteht. Das ist eben so. So einfach ist das.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Borgwardt hat bereits gesagt, dass er auf eine weitere Wortmeldung von Herrn Farle nicht reagieren wird. - Herr Farle winkt ab. Damit sind wir jetzt am Ende der Debatte der Fraktionen angelangt. Es gibt jetzt noch eine Wortmeldung eines einzelnen Abgeordneten, das ist Herr Poggenburg. Herr Poggenburg kann nach vorn kommen und hat gleich die Möglichkeit, hier zu sprechen.

(Rüdiger Erben, SPD: Wie lange?)

- Die Redezeit für Herrn Poggenburg - das haben wir bei den anderen Rednern zwar auch nicht angesagt, aber ich kann es Ihnen sagen, Herr Er-

ben - beträgt zwei Minuten. Das entspricht einem Fünftel der Redezeit der kleinsten Fraktion. Nun kann man auf Rechenfehler hinweisen, aber das ersparen wir uns jetzt alle.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der AfD - Rüdiger Erben, SPD: Okay!)

André Poggenburg (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Der feige Anschlag in Halle sollte - zumindest nach offiziellem Kenntnisstand - ein Mord in einer jüdischen Synagoge hervorrufen, was Gott sei Dank nicht gelang. Er hat trotzdem zwei deutsche Todesopfer hervorgebracht und wurde nicht nur in Halle, sondern auch in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus mit sehr viel Entzündung, Empörung und natürlich auch Verachtung aufgenommen. Unsere Trauer gilt den Getöteten, unsere Anteilnahme gilt den Verletzten und Hinterbliebenen. Herr Ministerpräsident, in diesem Sinne kann ich Ihre Worte auch deutlich unterstreichen.

Dass aber diese antisemitische Bluttat in Halle nun einer einzelnen Partei in die Schuhe geschoben werden soll, dass - dies sage ich als parteiloser und fraktionsloser Abgeordneter in diesem Haus - damit die AfD, die sich immer gegen Antisemitismus und Gewalt ausgesprochen hat, diffamiert werden soll, ist nichts weiter als scham- und pietätloses Wahlkampfgeplänkel, nicht mehr.

Dieses unsaubere, unangebrachte Vorgehen in diesem Fall zeigt auch einmal mehr die Ideologiefressertheit des Altparteienblocks. Verantwortungsvolles Verhalten wäre vielleicht ein gemeinsames Zusammenstehen gegen etablierten und massenhaft neu importierten Antisemitismus in Deutschland gewesen anstatt linker parteipolitischer Instrumentalisierung dieses Schreckensereignisses. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Damit ist die Aussprache zur Regierungserklärung beendet. Dazu werden bekanntermaßen keine Beschlüsse gefasst.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 1 c, dem Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/5121. Ich habe bisher - Sie müssen mich korrigieren, wenn es nicht stimmt - noch von keinem Antrag auf Überweisung gehört. - Es gibt eine Wortmeldung von Herrn Erben. Bitte.

Rüdiger Erben (SPD):

Ja, Herr Präsident, Sie haben richtig gehört, dass es bisher keine Anträge gibt. Aber ich beantrage die Überweisung des Antrags in der Drs. 7/5121

zur federführenden Beratung in den Innenausschuss und zur Mitberatung in die Ausschüsse für Soziales und für Bildung.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Der Kollege Erben hat also gerade eine Überweisung zur federführenden Beratung in den Innenausschuss und zur Mitberatung in die Ausschüsse für Bildung und - habe ich einen vergessen? -

(Rüdiger Erben, SPD: Soziales!)

- für Soziales beantragt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? - Niemand. Stimmenthaltungen? - Die Fraktion der AfD und zwei fraktionslose Abgeordnete. Damit ist dieser Antrag in die genannten Ausschüsse überwiesen worden.

Wir kommen nunmehr zu dem Tagesordnungspunkt 1 d, zu dem Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

in der Drs. 7/5122. Auch hierzu habe ich bisher keinen Überweisungsantrag wahrgenommen. - In diesem Fall bleibt es offensichtlich bei diesem Fakt. Deshalb kommen wir nun zur Abstimmung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? - Niemand. Stimmenthaltungen? - Die Fraktion der AfD und zwei fraktionslose Abgeordnete.

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der Tagesordnungspunkt 1 und somit auch unsere heutige Sitzung beendet.

Schlussbemerkungen

Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg. Morgen beginnt die neue Sitzungsperiode um 9 Uhr.

Schluss der Sitzung: 17:45 Uhr.

